Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 87 | Mittwoch, den 14. April 1920 | 11. Jahrgang

Millerand für Frankreichs Gewaltpolitik.

Dem Gedächtnis eines Tapferen!

Zum Jahrestage des Mordes von Dresden.

Von Robert Albert-Dresden.

Montag vor einem Jahre wurde in Dresden der sächsische Kriegsminister, Genosse Neuring, von irregeleiteten und demagogisch mißbrauchten, unaufgeklärten Volksgenossen in die Elbe geworfen und dann durch Maschinengewehr- und Flintenschüsse erschossen. Es ist damals in einem Zustand der Verwirrung, die zahllose Gerüchte und Märchen schuf, kaum recht klar geworden, welche Ursachen und Bedeutung dieser Mord hatte. Darum dürfte es am Platze sein, den Fall heute im Zusammenhang darzustellen, zumal seine Einzelheiten eine dringende Mahnung auch an die heutige Zeit enthalten.

Gustav Neuring war am 16. Januar 1919 von den Arbeiterräten Sachsens zum Volksbeauftragten für das Militärwesen ernannt worden, weil er als sehr energischer und zielbewußter Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Dresdens, dessen Maßnahmen bis dahin die Sicherheit, Ruhe und Ordnung Sachsens gewährleistet hatten, der Berufene dazu war. Mehr als 15 Jahre lang hatte er die Interessen der Arbeiter vertreten und sich viele organisatorische Kenntnisse erworben, die ihm unter normalen Verhältnissen glänzende Erfolge und sogar Ruhm gesichert hätten. Hier aber war ihm eine der undankbarsten Aufgaben der Revolution gestellt worden: Er hatte das alte zusammengebrochene Heer abzubauen und, da inzwischen die Putschisten von links unvernünftig gegen die eigenen Volksgenossen, gegen Demokratie und Arbeiterbewegung wüteten, ein neues Volksheer zum Schutze der Errungenschaften der Revolution aufzubauen.

Das war geradezu Sisyphusarbeit! Denn mit jedem Truppenteil, den Neuring auflöste, machte er sich eine Reihe von Soldatenräten zu grimmigen Feinden. Es wollte damals eben niemand entlassen werden, weil die Arbeitslosigkeit groß und die Aussicht auf Existenz sehr gering war. Auf der anderen Seite aber trieben die Sozialisten aller Richtungen zur Eile an: „Nur fort mit dieser Armee, damit sie nicht von Feinden der Revolution gegen die Revolution mißbraucht werden kann!“ Und wie türmten sich erst die Hindernisse beim Aufbau des neuen Heeres! Neurings Vorgänger, der Unabhängige Fleißner, hatte zugeben müssen, daß es ohne Heer nicht gehe. Aber nun er und die Seinen zur bequemen Opposition übergegangen waren, schürten sie den Haß der Unaufgeklärten gegen das Werk, diskreditierten sie alles, was nach einem Heer aussah, als ein konterrevolutionäres Gebilde.

Aus dieser tragischen Situation ist der abscheuliche Mord an Neuring erwachsen. Den Lazarettinsassen — keineswegs immer nur Kranke und Verwundete, sondern auch viele längst Geheilte darunter, die unter allen Umständen im Lazarett bleiben und sich dort vor Not schützen wollten — war von gewissenlosen Demagogen vorgelogen worden, man wolle ihre Rechte schmälern und ihre Löhnung beseitigen. Darob begreiflicherweise große Erbitterung. Das Personal der Lazarette unterstützte die Gegenforderungen der Lazarettisten, und kommunistische Gernegroße benutzten die Unzufriedenheit, die Leute gegen die sozialdemokratische Regierung aufzuputschen.

So bearbeitet, kam der Demonstrationszug mit ein paar tausend Kriegsbeschädigten am 12. April vor das Kriegsministerium und entsandte zwei Deputationen zum Minister. Als er die eine bereits restlos befriedigt hatte, erfuhr er, daß die zweite von dem Kommunisten Frenzel geführt wurde, der ihm längst als gewissenloser Demagoge unrühmlichst bekannt war. Er lehnte es ab, Frenzel zu empfangen, erklärte sich aber zur Verhandlung mit den übrigen Kameraden bereit. Frenzel ging wutschnaubend hinunter und hetzte die Wartenden mit der infamen Lüge auf, der Minister habe „kein Interesse an den Verwundeten!“ Damit begann der Putsch. Man warf Fenster ein, zertrümmerte Türen im Innern des Kriegsministeriums und riß der Hauswehr die Waffen fort. Die zufällig zur Ablösung kommende Wache wurde ebenfalls von der auch durch anarchistische Brandreden immer erregter werdenden Menge entwaffnet, und deren Maschinengewehre wurden bereits auf offener Straße gegen das Kriegsministerium in Stellung gebracht. Wenige Minuten später begann ein planloses Schießen, und der anrückenden Reichswehr wurde von den Hetzern vorgelogen, daß der Minister die Verwundeten mit 5 Pf. pro Tag abspeisen wolle und daß er habe Handgranaten unter sie werfen lassen.

Beides war erlogen. An den Bezügen der Lazarettisten sollte nichts geändert werden, und zwei blinde Handgranaten waren lediglich als Schreckmittel vom Wachthabenden des Kriegsministeriums gegen die mit Gewalt eindringenden Schreier und Hetzer geworfen worden. Die zur Besinnungslosigkeit aufgehetzte Menge aber, die natürlich durch den Mob Verstärkung bekommen hatte, glaubte alle Lügen und ruhte nicht eher, bis der Minister nach Erstürmung des Hauses heruntergeholt, dort schamlos mißhandelt und von der hohen Brücke in die hochgehende Elbe geworfen worden war. Erst nach vier Wochen wurde sein Leichnam gefunden, und erst nach drei Monaten konnte gegen einige der Beteiligten an der Schandtat vor dem Schwurgericht verhandelt werden. Fünf von ihnen erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis drei Jahren, allein die Hauptschuldigen waren nicht zu ermitteln, und gegen die intellektuellen Urheber des Mordes schritt man leider nicht ein. Einen Erfolg aber hatte die Bluttat: Sie hämmerte uns die Erkenntnis ins Gehirn, daß überall da, wo man den Mehrheitswillen mit Füßen tritt, wo man die Mittel der Ueberredung und Aufklärung des Volkes verwirft, mit eiserner Konsequenz das Mittel der Gewalt einsetzt und Verbrechen und Katastrophen erzeugt. Der Blutrausch einer fanatisierten Menge am 12. April ein Bild von dem, was kommen muß, wenn die Bande reißen, die ein Staatswesen in Ordnung halten müssen. Müssen, wenn nicht alles zum Teufel gehen soll! Gerade in diesen Tagen sollte das weiten Kreisen Mahnung und Warnung sein.

Auf dem Dresden-Tolkwitzer Friedhof ist ein schlichtes Denkmal enthüllt worden, das die Regierung ihrem Mitstreiter Neuring gestellt hat und worin eingemeißelt steht, daß er für das Volk starb. Arbeitersänger haben den Sohn des Volkes trauernd begrüßt, und der Ministerpräsident hat den jäh von seiner Seite gerissenen Ministerkollegen mit einer Ansprache gefeiert, indes Deputationen der Parteien und Gewerkschaften Kränze niederlegten und grüßend die alte Parteifahne über die Grabstelle senkten.

Geloben wir uns, als Sozialdemokraten dafür zu wirken, daß die Unwissenheit der noch Verirrten beseitigt wird, daß keine Schandtat mehr die große Sache der Revolution besudelt!

Millerand über Frankreichs Gewalttat.

In der gestrigen Kammersitzung hat sich Ministerpräsident Millerand über die letzten Ereignisse in Deutschland und die daraus erwachsene französisch-englische Spannung ausgesprochen. Er legte die Ereignisse dar, die die deutsche Regierung veranlaßten, mehr Streitkräfte in die neutrale Zone einmarschieren zu lassen, als ihr gestattet sei.

Um das Verlangen Deutschlands zu beurteilen, müsse man bemerken, daß es zuerst aus den militärischen Kreisen gekommen sei, die einen Staatsstreich unternommen hätten. Millerand geht sodann auf die einzelnen Schritte ein, die er in dieser Angelegenheit unternommen hat. Der Standpunkt der französischen Regierung sei gewesen, daß gewisse Bürgschaften dafür gegeben werden müßten, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht verletzt würde. Am 21. März habe er dem französischen Botschafter telegraphiert, wenn die Deutschen selbst die Unruhen im Ruhrgebiet niederschlagen wollten, dann gebe es nur eine genügende Bürgschaft, ein Pfand. Die französische Okkupation sollte, je nachdem dann die Deutschen ihre Truppen zurückzögen, endigen.

Die französische Regierung habe in keinem Augenblick gegenüber der deutschen einen unversöhnlichen Standpunkt eingenommen, aber nicht die Verantwortung übernehmen können, selbst den Einmarsch deutscher Truppen in das Ruhrgebiet in Verletzung des Friedensvertrages zu genehmigen. Sie hätte Gründe gehabt, anzunehmen, daß die vorgesehenen Maßnahmen im Ruhrbezirk von der Militärpartei gewünscht würden.

Nachdem Ministerpräsident Millerand seine Noten an den deutschen Geschäftsträger in Paris verlesen hatte, in denen er den Einmarsch der Reichswehr in die neutrale Zone bestimmt ablehnte, erinnerte er daran, daß die deutsche Regierung trotz dieser Weigerung ohne Ermächtigung eingegriffen habe. Er habe alsdann den alliierten Regierungen seine Noten an die deutsche Regierung mitgeteilt und erklärt, er zweifle nicht daran, daß die alliierten Truppen geneigt seien, die französische Regierung tätig zu unterstützen. Er müsse seiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die französische Regierung nicht anders handeln könne, ohne die Würde und Sicherheit Frankreichs zu gefährden. Er habe nicht vergessen und vergesse nicht, daß nichts wünschenswerter sei, als die normale Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Er verkenne die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Regierung zu kämpfen habe, nicht. Er sei auch bereit, dem Rechnung zu tragen, jedoch unter einer Bedingung, daß die deutsche Regierung durch ihre Handlungen einen Beweis ihres guten Glaubens gebe. Frankreich habe seine Interessen und seine Sicherheit gesichert, zugleich aber auch die seiner Alliierten. Millerand schloß: „Ich freue mich, der Kammer mitteilen zu können, daß nach einem loyalen Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten von London und Paris diese sich geeinigt haben zu erklären, daß die Auseinandersetzungen zwischen Paris und London die französische und die britische Regierung dahin geführt haben, festzustellen, daß, wenn sich zwischen ihnen eine Meinungsverschiedenheit über die Mittel, die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen, herausgebildet habe, sie mehr denn je die Notwendigkeit erkennen, ihre intime und herzliche Zusammenarbeit für die Regelung der schwierigen Fragen, die ihrer in Deutschland und in der Welt harren, aufrecht zu erhalten.“

Barthou erklärte darauf, die französische Regierung müsse namentlich in San Remo die gleiche Politik befolgen, um die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles, vor allem aber das, was augenblicklich das wichtigste sei, die Entwaffnung Deutschlands zu erreichen und dafür, wenn nötig, die Gewalt in den Dienst des Rechts stellen.

Die Aussprache in der Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung nahmen die Parteien zu der Rede des Reichskanzlers Stellung. Zentrumsabg. Trimborn hielt eine scharfe Rede gegen die Gewerkschaften, die angeblich von der Regierung viel zu sehr berücksichtigt würden. Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion sprach Gen. **Otto Hue:**

Das Reich hat die Pflicht, für die Versorgung der Hinterbliebenen der bei der Bekämpfung der Gegenrevolution gefallenen Männer das zu beschlagnahmende Vermögen der Kappisten heranzuziehen. Redner wandte sich dann scharf gegen die während der Gegenrevolution betriebenen Irreführungen im Nachrichtendienst des W. T. B. Eisenbahner und Bergarbeiter waren gewillt, Ueberstunden zu machen. Die Blutschuld der offenen und geheimen Kappisten muß immer wieder betont werden. Der Kapp-Putsch hätte ohne Waffengewalt erstickt werden können, wenn die Führer der Reichswehr der Mentalität der Bevölkerung besser Rechnung getragen hätten. In weiten Gebieten wurde das Bielefelder Abkommen von der Arbeiterschaft anerkannt, aber irreführende Nachrichten, auch vom W. T. B., erregten die Massen immer von neuem. Im sogenannten Wildwest, wo keine Disziplin herrscht, im Gebiete der Gelben, der Streikbrecher, der sogenannten Kommunisten entglitten die Massen zuerst den Händen der Führer. Es ist das Verhängnis der Unabhängigen, daß sie die Zusammensetzung jener Arbeiterschaft nicht beachtet haben. Die Nachrichten über die Neubildung einer roten Armee sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. Die westdeutschen Arbeiter sind reichstreu. Nebenregierungen haben wir vor dem Kriege gehabt, sie standen der Schwerindustrie nahe. Die Reichsregierung muß einschreiten gegen die Verschleuderung unserer Bodenschätze an ausländische Kapitalisten. Wann kommt das Reichsberggesetz? Die Republikanisierung der Reichswehr muß durchgeführt werden.

Der „Vorwärts“ sagt zu der gestrigen Rede des Gen. Hue, sie habe mit erfreulicher Deutlichkeit bestätigt, daß es eine bösartige Verleumdung gewesen sei, als man die Verfassungskämpfer in Arbeiterblusen als Spartakisten hinstellte, um ein zweifelhaftes Militär auf sie zu hetzen. Alsdann bezeichnet der „Vorwärts“ die Rede Trimborns, des Kölner Zentrumsführers, als die eigentliche Ueberraschung der Sitzung. Man habe den eigentümlichen Eindruck gewinnen müssen, als ob bei gewissen rechtsstehenden Teilen der Zentrumspartei der Wunsch bestehe, noch kurz vor den Wahlen Brücken nach rechts zu schlagen. Eine ähnliche reaktionäre Rede habe man bereits in Weimar aus dem Munde Trimborns gehört. — Die „Voss. Ztg.“ meint: Die scharfe Zuspitzung der Rede Trimborns gegen die Sozialdemokratie wäre ein sensationelles Ereignis gewesen, wenn wir nicht bereits in der Wahlbewegung stünden. Temperamentvolle Aeußerungen zwischen rivalisierenden Parteien erklärten sich auf natürliche Weise. Auch die „Deutsche Allg. Ztg.“ sagt: Die Nähe der Wahlen führt naturgemäß zu einer schärferen Betonung des Parteistandpunktes, wodurch Reibungsflächen entstehen können, die nicht überschätzt werden dürfen.

Die englische Antwort an Frankreich.

Mailand, 12. April. Der Ton der Replik der englischen Regierung auf die französische Antwortnote ist, wie der „Corriere della Sera“ meldet, verbindlich gehalten. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß durch das Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland das Vertrauen in das Bündnis und die Freundschaft zwischen beiden Staaten nicht gelitten habe. England erklärt im wesentlichen, daß es auf der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles verharre, sofern Deutschland nicht innerhalb der gestellten Frist seine Truppen aus der neutralen Zone zurückziehe.

Millerand machte auf den Berichterstatter des „Echo de Paris“, Marcel Hutin, der vergeblich versuchte, ihn zu interviewen, den Eindruck, daß er „von der augenblicklichen Meinungsverschiedenheit mit England stark betroffen“ sei.

Pariser Blätter melden, daß die farbigen Truppen im besetzten Maingau durch eine weiße Division aus Nancy abgelöst werden.

„Times“ meldet aus Newyork, daß Wilson nach wie vor beabsichtige, die Entschließung, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird, abzuwarten zu lassen.

Für die 2. Internationale.

Der während der Osterfeiertage in Brüssel tagende Kongreß der belgischen Arbeiterpartei hat mit erdrückender Mehrheit die Teilnahme am Kongreß der zweiten Internationale beschlossen. Der Hauptredner für die Beteiligung der belgischen Partei war der Genosse Camille Huysmans, der eine sehr geistreiche und wirkungsvolle Rede hielt, aus der wir folgendes entnehmen:

„Was uns in der Frage des Wiederaufbaues trennt, das ist [illegible]"

Während die [illegible] Parteien [illegible] Internationale [illegible] [illegible] Gewerkschaften [illegible] [illegible]

[illegible] Warum? [illegible] Und was Carr anbelangt, [illegible] einen Orden [illegible] [illegible] Arbeitern [illegible] [illegible] Gefahr [illegible]

[illegible] des Komitees aus [illegible] der zweiten Internationale [illegible] Scheidemann und Noske für den Tod von Rosa Luxemburg [illegible] [illegible] Jahre [illegible] [illegible]

Ein deutscher Unabhängiger schreibt, daß wenn er [illegible] der zweiten Internationale und der deutschen [illegible] [illegible] Ohne die [illegible] Internationale bilden [illegible] [illegible] Kongreß [illegible] [illegible]

[illegible] zur dritten Internationale [illegible] [illegible] [illegible] Beifall.)

Italienische Verständigungspolitik.

In den [illegible] Tagen, in denen die Welt von einem [illegible] Haß und Mißtrauen [illegible] nach Einstellung der Feindseligkeiten [illegible] militärischen Allianzen [illegible] mit der italienischen [illegible] die Hoffnung auf einen [illegible] Frieden zwischen den [illegible] aufrechtzuerhalten.

Der deutsch-österreichische Staatskanzler Genosse Renner ist [illegible] Besuch der italienischen Regierung in Rom [illegible] [illegible] [illegible] in Rom!

[illegible] Oesterreich [illegible] [illegible] [illegible] Genossen Renner in Rom [illegible]

Warum ist eine solche Verständigung zwischen Italien und Oesterreich möglich und zwischen Frankreich und Deutschland nicht? [illegible] Italien gegen Oesterreich während des Krieges [illegible] der Deutschenhaß in Frankreich! [illegible] [illegible]

Die Erklärung [illegible] [illegible]

---

geworfen worden ist und die dortige nationalistische bürgerliche [illegible] Frankfurt a. M. der die [illegible]

Wenn man [illegible]

Lenin für Vernichtung der Menschewiki?

Nach einer von W. T. B. wiedergegebenen Meldung der russischen Presse hat Lenin in der [illegible] Versammlung des neugewählten Moskauer Sowjets eine Rede gehalten, in der er sich u. a. wie folgt äußert:

„Wir müssen die eigentliche militärische Bereitschaft bewahren, entwickeln und verstärken, um die der Arbeiterklasse obliegende Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu lösen. Jetzt geht der [illegible] zu Ende, **die Not und der Hunger haben sich bei uns verschärft, sowie alles, was mit der Wiederherstellung der Produktivkräfte, insbesondere des Transports zusammenhängt.**

Die Aufgabe der Wiederherstellung des ruinierten Landes [illegible] Krieg an der [illegible] Front [illegible] Sabotage [illegible] jene Bauernschaft, die trotz allem den Ansichten der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki (der Sozialdemokratischen Partei Rußlands) folgt. **Die letzteren halten es für ihre Pflicht — sie haben auch sonst nichts weiter zu tun —, die Ideen der Demokratie zu predigen und für den freien Handel (?) einzutreten.** Wir müssen [illegible] Maßnahmen treffen, damit dieser freie Handel mit Getreide nicht blüht. Die Bauern, die den Ueberschuß an Korn dazu benutzen wollen, um ihre hungernden Brüder auszubeuten, sind Feinde der arbeitenden Klasse. **Unsere wichtigste Aufgabe ist die Vernichtung dieser klein bürgerlichen Demokraten.**

Durch die Verwendung der ehemaligen Offiziere der Zarenregierung sowie der bürgerlichen Sozialisten hat die Rote Armee ihre Siege erfechten können. Jetzt, wo es friedliche Arbeit zu leisten gilt, müssen die früheren Eigentümer zur Arbeit angeleitet werden."

Der terroristische Vernichtungseifer gegen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki stimmt nach den Meldungen der letzten Zeit über eine Annäherung der sozialistischen Parteien und der Bolschewiki in Rußland so unwahrscheinlich, daß wir doch einige Zweifel an der Echtheit des Berichts hegen müssen. Solche Worte Lenins müßten ja den russischen Sozialisten die Niederkämpfung der Leninherrschaft, die im Terrorismus erwächst, als einzige Rettung erscheinen lassen. Oder sollte sich Lenin jetzt, wo Sowjetrußland der Frieden und die Entente [illegible] wieder zur [illegible] Gewalt bekennen? Die Haltung der deutschen Unabhängigen, die bekanntlich stets mit Moskau in Verbindung [illegible], würde diese Gewaltpolitik allerdings sehr begreiflich machen.

Deutschland.

Die Unabhängigen weiter für Terror und Diktatur.

In einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Volksversammlung in Friedrichshagen, die ungemein stark besucht war, referierte Genosse Wels über die Stellung der Sozialdemokratie in den Putschtagen. Die zahlreich erschienenen Unabhängigen wiesen zunächst durch Zwischenrufe die Schuld an der reaktionären Gestaltung der Einwohner-, Sicherheits- und Reichswehren der Sozialdemokratischen Partei zu, welche Vorwürfe durch Wels mit dem Hinweis bekämpft wurden, **daß gerade umgekehrt die Unabhängigen jeden Arbeiter, der sich zum Eintritt in eine dieser Organisationen bereit erklärte, boykottierten, ihn aus der Arbeitsstätte verdrängten, öffentlich bloßstellten und ächteten und so dafür sorgten, daß die Reaktionäre freies Feld in diesen Organisationen hätten.** Er wies auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der gesamten Arbeiterschaft zur Abwehrung der reaktionären Bestrebungen hin. Klarheit müsse allerdings geschaffen werden, **ob das von der „Freiheit" veröffentlichte Arbeitsprogramm der Unabhängigen nur als ein wahltaktisches Hilfsmittel anzusehen sei, oder ob das darin enthaltene Bekenntnis zur Demokratie und der Verfassung der politischen Ueberzeugung der Unabhängigen entspräche.** Das sei insbesondere notwendig, da der unabhängige Parteivorstand noch am 19. März dem Genossen Huysmans offiziell erklärt habe, er stände fest auf dem Boden seines Leipziger Programms, das sich zur Diktatur des Proletariats bekennt und so im Gegensatz zur Demokratie steht, und er sei deshalb nicht in der Lage, sich mit Mehrheitssozialisten an den Verhandlungstisch zu setzen. Im Widerspruch zu dieser Erklärung habe die „Freiheit" wenige Tage später jenes demokratische Arbeitsprogramm veröffentlicht, und in der Reichskanzlei hätten Verhandlungen zwischen Unabhängigen Sozialdemokraten und Regierungsmitgliedern über die Bildung einer Arbeiterregierung stattgefunden. **Hier müsse völlige Klarheit geschaffen werden.**

In der Diskussion bekannte sich der Führer der Friedrichshagener Unabhängigen offen zu der Auffassung, daß die politische Macht von der Arbeiterklasse nur durch Gewalt erobert werden könne und er deshalb die von dem Referenten aufgestellte Formel „Putsch oder Demokratie" nicht anerkennen könne. Interessant war auch, daß er dem Genossen Wels, der auf die Stellungnahme Kautskys und Hilferdings zur sofortigen Sozialisierung hinwies, unter dem Beifall seiner Freunde zurief: **„Kautsky und Hilferding sind ebenso schlimm, wie Wels, Ebert und Noske".**

Die Danziger Unabhängigen haben auf die Frage unseres R. G.-Artikels, ob sie sich etwa nur zur Volkstagswahl in den Mantel der Demokratie hüllen, auch noch immer nicht geantwortet. **Sie stehen also offensichtlich ebenfalls noch nach wie vor auf dem Standpunkt der brutalen Vergewaltigung durch den diktatorischen Terror!**

Notwendigkeit des Reichswehreinmarsches in die neutrale Zone.

Wie die „P. P. N." erfahren, hat die Essener Stadtver-

sagt: **„Erst als die Plünderungen und Gewalttätigkeiten gegen die große Masse der arbeitswilligen Bevölkerung und gegen Einzelpersonen den Ruhrkohlenbezirk an den Rand des Abgrundes brachten, hat die Reichsregierung auf dringendste behördliche und private Notrufe den neutralen Teil des Bezirks mit Reichswehr belegt,** so auch die Stadt Essen, in der die Verhältnisse unerträglich geworden waren. Wir bekunden vor aller Welt, **daß der Reichsleitung kein anderer Ausweg mehr blieb, wollte sie uns nicht elend zugrunde gehen lassen.** Mit heißem Mitempfinden grüßen wir die Volksgenossen in den unbeteiligten Städten, die daraufhin von Frankreich besetzt worden sind. Wir erheben feierlich Einspruch gegen das Vorgehen der Franzosen, **das jedem Recht** und auch jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht, **auf das auch der Besiegte Anspruch hat, zumal nach Abschluß des Friedens."**

Der Essener Stadtverordnetenversammlung gehören neun unabhängige Sozialdemokraten an, von diesen waren fünf in der Sitzung, in der einstimmig die obige Entscheidung angenommen wurde.

Konterrevolutionäre Machenschaften.

Zu der Meldung der „Freiheit" über konterrevolutionäre Machenschaften erfahren die „P. P. N.", daß es richtig ist, daß am Karfreitag der Regierungspräsident von Stralsund, der Landrat des Kreises Franzburg und der Staatskommissar für Mecklenburg Abg. Krüger beim preußischen Ministerpräsidenten Braun gewesen sind und ihm darüber berichtet haben, daß die Kappisten in Vorpommern nicht abrüsten, sondern im Gegenteil aufrüsten, daß sie neue Zeitfreiwillige werben und daß besonders die Greifswalder Studenten noch geschlossen, zu neuen reaktionären Taten bereit, dastehen. Auch die Anwesenheit Bischoffs wurde gemeldet, wogegen über den Aufenthalt von Lüttwitz nur unverbürgte Gerüchte vorlagen. **Der preußische Ministerpräsident hat daraufhin diese Meldungen sofort an die zuständigen Instanzen des Reiches weitergeleitet,** die alsbald einen Bericht über die bisher getroffenen Schritte veröffentlichen werden.

Nun erst recht Deutschnational!

Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, veröffentlicht einen Wahlaufruf, der so recht geeignet ist, die Unaufrichtigkeit und Heuchelei dieser Partei ins rechte Licht zu rücken. Im ersten Absatz des Aufrufes rückt sie von den Kapp-Lüttwitz-Verbrechern ab, um in den folgenden Abschnitten ihnen versteckte Huldigungen darzubringen. Weshalb die Unterstützung der Berliner Staatsstreichler seitens der Deutschnationalen nicht noch lebhafter war, ist außer auf ihre Feigheit auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie — einem Eingeständnis der nationalistischen „Deutschen Zeitung" zufolge — Kapp, Lüttwitz und Genossen noch nicht für schneidig genug hielten! Wenn die Deutschnationale Volkspartei die Behauptung aufstellt, die Bestrebungen der Kapp und Lüttwitz entsprachen den Wünschen der großen Mehrheit des deutschen Volkes, so beweist sie hier mit eine politische Urteilslosigkeit, die selbst mit ihrer durch ihr böses Gewissen hervorgerufenen geistigen Verwirrung nicht zu entschuldigen ist. In dem die Deutschnationalen den Generalstreik als ein Verbrechen am Volke bezeichnen, enthüllen sie deutlich ihre Wut über das Mißglücken des Staatsstreiches ihrer Freunde, zu denen sich offen zu bekennen, es ihnen an Mut und Ehrlichkeit gebricht.

Kommunisten für ihren Häuptling Hölz.

Die Kommunistische Partei Sachsens veröffentlicht in der „Roten Fahne" einen „Aufruf an das deutsche Proletariat", in dem sie die Arbeiter zum Generalstreik auffordert, um dadurch die sozialistisch-demokratische sächsische Regierung zu zwingen, die Aktion der Reichswehr gegen Hölz einzustellen. In dem Aufruf heißt es u. a. der Wahrheit zuwider:

„Hölz hat noch keinem Menschen ein Haar gekrümmt, er führt nur einen unblutigen Plakatkrieg, wo er mit den stärksten Worten dem Spießer, allerdings mit Erfolg Angst einjagt.

Die militärische Aktion, die eingeleitet wird und in den nächsten Tagen durchgeführt werden soll, hat aber mit der Hölz-Angelegenheit nur insofern etwas zu tun, als sie die Kulisse bildet, um den Rachefeldzug gegen die westsächsische Arbeiterschaft zu verschleiern.

Vor allem den Chemnitzer Arbeitern soll ein Denkzettel verabreicht werden."

So viel Worte, so viel Unwahrheiten. Hölz führte nicht nur einen harmlosen Plakatkrieg, sondern raubte und sengte in der Plauen-Falkensteiner Gegend und terrorisierte dort die ganze Bevölkerung. Die sächsische Regierung hat unseres Erachtens diesem Treiben viel zu lange untätig zugesehen. Die Einsetzung der Reichswehr ist das letzte Mittel der Notwehr gegen dieses Räuberunwesen, das kein Kulturstaat, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, in seinen Grenzen dulden darf. Von einem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft kann daher gar keine Rede sein, und die Regierung hat, um auch den geringsten Schein zu vermeiden, ausdrücklich dafür gesorgt, daß die Truppe Chemnitz überhaupt nicht berührt. Die „Rote Fahne" selbst hat vor einigen Tagen mit aller [illegible] gegen Hölz Stellung genommen. Um so beschämender ist die Tatsache, daß die Landesorganisation einer Partei, die sich für die radikalste [illegible] sich für einen Räuberhauptmann [illegible] Hölz einzulegen wagt, und die Arbeiter obendrein noch auffordert, als Antwort auf das notwendige Vorgehen der Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung in den Generalstreik zu treten.

Polen.

Grenzberichtigung zu Gunsten Polens?

Posen, 9. April. „Gazeta Poranna" meldet, daß der Nationalrat von Großpolen an die alliierte Mission eine Deputation gesandt hat, mit einer Denkschrift an den General Dupont, in der eine Grenzverbesserung im Bereiche des [illegible]tower Kreises zugunsten von 15 000 Polen, die unter deutscher Herrschaft geblieben seien, gefordert wird. Dupont sagte Untersuchung und gegebenenfalls Weiterleitung an die Entente zu. —

Wenn diese von den zuverlässigen P. P. N. gemeldeten Bemühungen möglich sind, dann kann der Versailler Vertrag auch nicht den Grenzberichtigungen entgegenstehen, die die ersten Lebensnotwendigkeiten Danzigs gebieterisch fordern. Dazu gehören allermindestens die Einverleibung von Dirschau und Hela sowie des ganzen Olivaer Waldes in das Gebiet des Freistaates.

Stadtv. Mau (Unabh.) erweckte stürmische Heiterkeit, als er die Ausführungen des Genossen Arczynski fürchterlich lachstündig als kapitalistischer Hetze bezeichnete. Der Betriebsarbeiterrat auf der Danziger Werft verfolge nur kapitalistische Interessen. In einer persönlichen Bemerkung erklärte der Unabhängige Schmidt, maßlos bescheiden und gar nicht ironisch daß er auf der Werft einer der fleißigsten und tüchtigsten Arbeiter gewesen sei. In der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag auf Vertagung der Alten mit 34 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Auf eine Anfrage des Genossen Arczynski über Regelung der Erwerbslosenfürsorge in den Nachbargemeinden Danzigs erklärte Oberbürgermeister Sahm, daß die Erwerbslosenfürsorge in Zukunft im Freistaat einheitlich geregelt werden solle. Der erweiterte Stadtrat werde sich nächstens mit dieser Frage beschäftigen.

Die frühere Stadtverordnetenversammlung hatte einige Gewerkschaftsvertreter gewählt, die im Ausschuß für die Verwaltung der Reichswerft und Gewehrfabrik mitwirkten. Diese Gewerkschaftsvertreter sind seit mehreren Monaten nicht mehr zu den Beratungen der Kommission zugezogen worden. Genosse Arczynski forderte, daß dieses wieder geschehe. Die Stadtverordneten sähen die Arbeiterfragen häufig durch die Parteibrille, die Gewerkschaftsvertreter aber könnten der Kommission unschätzbare Dienste leisten. Oberbürgermeister Sahm und Stadtrat Runge erklärten, daß man in der alten Stadtverordnetenversammlung die Gewerkschaftsvertreter deshalb hinzugezogen habe, damit die organisierten Arbeiter dort vertreten seien. Bei der neuen Zusammensetzung der Versammlung sei dies aber ohne weiteres der Fall. Die Stadtverordneten aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft müßten Manns genug sein um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Der deutschnationale Stadtverordnete Janson sprach sich gegen die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern, der Hirsch-DunckerscheRitz dafür aus. Stadtv. Schill (Soz.) wünschte deshalb Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern, weil der Magistrat häufig über die Betriebe falsch informiert werde.

Der Mangel an Kleingeld.

Eine längere Aussprache rief eine Anfrage von deutschnationaler Seite über Maßnahmen zur Behebung des Kleingeldmangels hervor, die Stadtv. Brunzen II begründete. Der Mangel an Fünf- und Zehnpfennigstücken mache sich auf der Straßenbahn und im Geschäftsverkehr sehr störend bemerkbar. Oberbürgermeister Sahm erklärte, daß der Magistrat in allernächster Zeit neue Zehnpfennigscheine herausgeben werde. Da die Prägung von Metallgeld längere Zeit in Anspruch nehme und hier auch die Gefahr der Nachahmung groß sei. Die Vertreter aller Fraktionen wandten sich gegen die Herausgabe von Papiergeld. Genosse Arczynski wies darauf hin, daß Metallgeld in der Gewehrfabrik sehr schnell hergestellt werden kann. Stadtv. Mahn forderte ein Abkommen mit Deutschland, daß dieses genügend Kleingeld nach Danzig liefere. Die Behörden sollten dafür Sorge tragen, daß nicht alles Gold- und Silbergeld aus dem Freistaat ausgeführt würde.

Die Erdrosselung Danzigs.

Die Abg. Schmiljan und Genossen hatten eine Anfrage wegen der polnischen Paßgebühren eingebracht, die Stadtv. Schmiljan begründete. Das Reisen ist durch die polnischen Maßnahmen außerordentlich verteuert worden. Auch das Wirtschaftsleben wird dadurch hart betroffen, indem die erhöhten Reisekosten auf die Waren geschlagen werden. Nach Zeitungsmeldungen beabsichtigt Polen, Danzig von der Hauptlinie der Ostbahn abzuschneiden, indem es den östlichen D-Zug nicht mehr über Dirschau, sondern über Marienwerder leiten will. Auch Deutschland erhebt neuerdings eine Paßgebühr von 8 Mk. und stellt Pässe nur auf 7 Tage aus. Durch alle diese Maßnahmen wird Danzig immer mehr erdrosselt. Nach einer Pressemeldung soll Oberkommissar Tower erklärt haben, daß in Danzig nicht genügend für das eigene Wohl gearbeitet werde. Dem muß widersprochen werden. Diejenigen Mächte, die den kleinen Freistaat ins Leben gerufen haben, müssen auch dafür Sorge tragen, daß er lebensfähig bleibt.

Oberbürgermeister Sahm: Verhandlungen mit Polen über das Zollwesen sind von der alliierten Kommission eingeleitet unter Beteiligung Danziger Sachverständiger. Aus den durch Polen sehr in die Länge gezogenen Verhandlungen muß man den Eindruck gewinnen, daß Polen den Verkehr mit uns erschweren will. Ich habe Vertrauen zu den alliierten Vertretern, daß sie unsere Interessen wahrnehmen werden. Oberkommissar Tower hat sich bisher nur bewundernd über die in Danzig geleistete Arbeit geäußert. Die Bezahlung des Paßvisums mit 20 Mk. ist für uns Danziger auf die Dauer unerträglich.

Die deutschnationalen Stadtv. Fallenberg und Frau v. Morstein bringen Einzelheiten über die polnischen Schikanierungen vor. Ersterer meinte daß Polen uns Danziger gewaltsam nach Süden umbiegen will. Stadtv. Fuhlbrügge erklärt, daß wir ohne Militarismus nichts ausrichten können. Stadtv. Fuchs berichtet über bureaukratische Maßnahmen der deutschen Behörden. So werden den Reisenden in Konitz die in Danzig gelösten Fahrkarten abgenommen und die Reisenden gezwungen sich für die Weiterreise neue Fahrkarten zu lösen. Stadtv. Ewert (Zentr.): Uebergriffe der polnischen Soldateska kommen besonders häufig im Süden unseres Freistaatgebietes vor. Leider läßt sich ein Teil der deutschen Grenzbevölkerung zu sehr mit den polnischen Soldaten ein. Im Olivaer Walde würden die Danziger Spaziergänger häufiger von Uebergriffen der Polen verschont bleiben, wenn sie die Warnungen der Danziger Sicherheitsmannschaften beachten würden.

Stadtv. Gerlach (Soz.):

Gegenüber den Beschwerden über die polnische Schikane ist häufig erklärt worden, daß dies Kinderkrankheiten des neu erstandenen Polenstaates seien. Dieser Ansicht kann ich nicht zustimmen. Es liegt System in dem Verhalten Polens. Dieses ist unter der russischen Knute aufgewachsen und glaubt nun andere Völker auch noch zaristischer Methode behandeln zu müssen. Auch im Freistaat Danzig zeige sich wieder, daß die als vaterlandslos verschrienen Sozialdemokraten die besten Söhne des deutschen Volkes sind. Demgegenüber haben die Unternehmer das alte Vaterland längst verleugnet. Hat doch ein hiesiger Unternehmerverband Verhandlungen mit der Danziger Arbeiterschaft abgelehnt, weil diese einer deutschen (!) Gewerkschaft angehöre.

Die Deutschnationalen aber fühlen jetzt durch Polen selbst, wie Unterdrückungspolitik wirkt, die man im früheren Deutschland auch gegen die Sozialdemokratie ausübte. Die Polen aber sollten bedenken, daß sie durch ihre brutalen Maßnahmen gegen uns nur Haß und Verachtung hervorrufen. Ein Staatsgebilde, daß in dieser Art gegen seine Nachbarn vorgeht, muß eines Tages zusammenbrechen.

Die weitere Debatte verlor sich in unwesentlichen Einzelheiten und führte zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Unabhängigen und dem stellvertretenden Vorsteher Brunzen. Stadtv. Kahn spielte sich zum Verteidiger Polens wegen der polnischen Brutalitäten auf. Es sei unklug, diese kleinlichen Verhältnisse hier zu erörtern und sie Polen zur Last zu legen. Als er der Rechten vorwarf, daß sie die Polen beschimpft habe, unterbrach ihn der Vorsteher Brunzen mit der Bemerkung, daß er von Schimpfereien nichts gehört habe. Gegen diesen Einspruch Brunzens erhoben die Unabhängigen stürmischen Protest, der häufig mehrmals zu großem Krach ausartete. Stadtv. Mau erhielt zwei Ordnungsrufe. Der Oberbürgermeister Sahm erklärte schließlich daß solche Debatten nicht dazu angetan seien, unser Ansehen zu fördern. Gegen die Verletzungen unserer Verträge durch Polen müssen wir uns wenden.

Eine Reihe von Eingaben wurde der neu gewählten Petitionskommission überwiesen.

Soziales.

Das Existenzminimum im März 1920.

In seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz" macht der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, interessante Mitteilungen über das Existenzminimum im März 1920. Kuczynski führt aus:

„Brot, Kartoffeln, Fleisch, Kohlen, Kleidung, Schuhwerk usw. sind abermals teurer geworden. In Groß-Berlin z. B. kostete im März Brot 5½ mal soviel wie vor dem Kriege, Zucker 6 mal soviel, Eier 8 mal soviel, Milch 9 mal soviel, Briketts 11 mal soviel, Kartoffeln, Butter und Margarine 12 mal soviel, Schmalz 22 mal soviel. Bei manchen Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Reis war mehr als 50 mal so teuer wie vor sechs Jahren (1 Pfund im März 1914: 22 Pf., März 1920: 12 Mark). Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zehnfache."

Nach den weiteren Darlegungen des bekannten Statistikers kosteten die Lebensmittel, die in den vier Wochen vom 1. bis 28. März 1920 an die Bevölkerung verteilt wurden, pro Kopf 67,64 Mark, während die gleiche Summe von Lebensmitteln in der gleichen Zeit des Jahres 1914 für 6,95 Mark zu erwerben war.

Dieser Preisunterschied bietet jedoch noch kein volles Bild von der ganzen Größe des Elends. Das ergibt sich erst, wenn man zugleich den Nährwert der zur Verteilung kommenden Lebensmittel betrachtet. Kuczynski schreibt darüber:

„Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 11 200 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also bei äußerster Einschränkung das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 17 Mark ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7×2400 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16 800 – 11 200 = 5600 Kalorien hinzukaufen. Das konnte sie billigst tun, indem sie sich ½ Pfund Haferflocken für 4,50 Mark, 9 Pfund Gemüse für 2,70 Mark, 1 Pfund Marmelade für 4 Mark und ½ Pfund Erbsen für 2,70 Mark verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 31 Mark kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7×300 = 21 000 Kalorien. Die 4300 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch ½ Pfund Erbsen für 2,70 Mk., ¼ Pfund Margarine für 11,25 Mk., ½ Pfund Reis für 6 Mk., 1 Pfund Salzheringe für 5,25 Mk., 1 Pfund Kapsel für 2,50 Mk. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 59 Mark kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 124 Mark wöchentlich für Nahrung auskommen."

Auf Grund dieser Erwägungen berechnet Kuczynski das Existenzminimum einer Familie im März 1920. Er nimmt als Wochenbedarf für Wohnung 8 Mark, für Heizung 13,50 Mark, für Beleuchtung 6 Mark an. Bekleidung rechnet er ferner hinzu für den Mann 45 Mark, für eine Frau 30 Mark, für ein Kind 15 Mark. Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Gewerkvereinsgang, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 26 Prozent machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den März 1920 in Groß-Berlin für einen Mann 165 Mark, für ein Ehepaar ohne Kinder 241 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von sechs bis zehn Jahren 321 Mark.

An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 9 bis 10 Pf. wert.

Bücherwarte.

Ostdeutsche Monatshefte betitelt sich eine große Zeitschrift, die dem Osten durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse erstanden ist. Sie soll, wie im Geleitworte des Verfassers gesagt wird, „dazu beitragen, die Stillen im Lande zu gemeinsamer Kraftentfaltung zusammenzufassen. Sie will all die Treuen grüßen, die ohne viel Worte ihren eigenen Weg gehen und ohne Parteiwünsche nur dem Deutschtum dienen wollen . . . Mehr als andere Teile Deutschlands liegt unser Osten unter dem Druck der Ereignisse. Bei der Umwandlung unserer Lande kommt es darauf an, das kulturelle Leben der fünf politisch getrennten Teile des Ostens zusammenzuhalten. Ferner schließen wir das baltische Deutschtum mit ein, das ja noch viel schwerer als wir unter den heutigen Zeiten leiden muß . . . Reichsdeutschland glaubt an die gesunde Kraft des Ostens. Erinnerung an unsere Vergangenheit wird dabei wach . . . Unser Schicksal drängt zu einem inneren Zusammenschluß der geistig Tätigen." —

Wer einen Blick in das vorliegende erste Heft der neuen Zeitschrift wirft, erkennt sofort, daß er es hier nicht mit einer der zahlreichen Neugründungen jüngsten Datums zu tun hat, die ebenso schnell verschwinden, wie sie auftauchen, sondern mit einer literarisch wie künstlerisch bedeutsamen Tat. Zum ersten Mal taucht hier im Osten eine Zeitschrift auf, die in vornehmster Ausstattung und streng kritischer Sichtung des Materials nur wirklich Belanghaftes sagen will und zu sagen hat und die, wenn sie auf diesem Wege fortfährt, tatsächlich das werden wird, was der Osten braucht: Die Sammlung der führenden geistigen Kräfte zur Rettung des sinkenden Bestandes an geistigen deutschen Werten und gründlichen Wiederaufbau. Dafür gewährleistet auch die literarische Persönlichkeit des Herausgebers Carl Lange, unter dessen Leitung schon während des Krieges die „Kriegszeitung der Festung Borkum" erschien, eine der wenigen Publikationen dieser Gattung, die sich von Kitsch und panegyrischen Einseitigkeiten freihielt und Anspruch auf ernsthafte künstlerische Bewertung verdiente. W. D.

Kunst und Wissen.

Aus Anzengrubers „Selbstgesprächen".

Ludwig Anzengruber findet erst jetzt, nachdem 30 Jahre nach seinem Tode seine Werke frei geworden sind, die Stellung als Volksdichter, die ihm gebührt. Allenthalben werden neue Ausgaben seines Werkes vorbereitet, in denen auch mehr als bisher seine nachgelassenen Schriften berücksichtigt werden, und bei einem tieferen Einblick in seine Gedankenwerkstatt wird man erkennen, daß dieser geniale Dichter auch ein eigenartiger Denker und Weltbetrachter war. Man hat schon bei seinen Lebzeiten darauf hingewiesen, wie große Verwandtschaft manche seiner Aussprüche mit den philosophischen Systemen Spinozas, Schopenhauers oder Ludwig Feuerbachs hätten, und doch hatte er bei der Abfassung seiner Dichtungen nichts von ihnen gelesen. Welche kostbaren Schätze von Lebensweisheit noch im Nachlaß des Dichters ruhen, davon gibt der Biograph Anzengrubers, Anton Bettelheim, charakteristische Proben in einem vor kurzem bei Eduard Strache in Wien erschienenen Buch „Neue Gänge mit Ludwig Anzengruber". Aus den Hunderten und aber Hunderten von Einfällen und Gedankenreihen, die sich in seinem sorgfältig geordneten „Schriftenkasten" form- und kunstlos auf Papierblättchen und in Notizbüchern hingeworfen fanden, wählte er eine Anzahl von „Selbstgesprächen" aus, wie sie der Dichter in seinem Innern zu halten pflegte und dann in flüchtiger Niederschrift dem Papier anvertraute. Sein leidenschaftliches Ringen um Erkennen und Wahrheit spricht aus diesen Bekenntnissen, wenn er z. B. ausruft: „O, ihr leicht durch Worte Beleidigten, die ihr Ruhe findet im Gewöhnlichen, weil ihr fern von Elend, Not und Gedanken als Troß hinter den Schlachtreihen steht, nehmt doch uns, die wir im Kampf des Daseins in den vordersten Reihen schlagen, nach einer kraß einschneidenden Wunde den wilden Aufschrei nicht übel." Ein anderes Mal denkt er sich folgendes „atheistische Gebet" aus: „Unter allen diesen Lastern und Schwächen, unter all diesen häßlichen Flecken und Schmutzgeschichten schlägt ein Herz, das in der Stunde des Wehes den zusammenkrampft und entweder uns unsere Abtrünnen vergessen macht oder ihn mildert. Darin liegt die sittliche Kraft dessen, das wir als Uebel und als allgemeines Elend bezeichnen, und dem wir, wir erkennen es, nur zu steuern vermögen durch die allgemeine Liebe, die uns dermalen noch wie ein loses Band umschlingt und deren wir uns endlich ganz bewußt werden mögen, damit es bei unserm Handeln und Unterlassen heiße: Im Namen jener allgemeinen Liebe, die uns verbindet. Amen." Dieses Liebesgefühl zur ganzen Welt, das den wundervollen Grundton seines Dichtens anschlägt, offenbart sich in seinem bis in die Kinderzeit zurückreichenden, in allen Altersstufen wiederkehrenden geheimnisvollen Sicheinsfühlen mit der Natur. Als Buchhändlerlehrling glaubte er beim Lesen einer Gemäldebeschreibung sich mitten in die hier dargestellte Natur versetzt. Als reifer vierzigjähriger Mann meint er in Schönbrunn einmal plötzlich „seine Mutter neben sich zu sehen und betrachtete die Erde, die fahl, staubfarben unterm einen Füßen lag, still und gleichgemut als die Decke, die einst, sei es bald oder später, statt des Himmels über mir liegen wird." Diese Stimmung verdeutlicht er sich in einem anderen Selbstgespräch mit den Worten: „Der mystische, der Grund der Schönheiten der Natur, der Kunst geht im letzten Grunde darauf hinaus, daß die Beschränkung des Ich aufgehoben und dieses im Sinnen, Schauen, Empfinden, Genießen gleichsam verloren geht, nicht mit als tätig empfunden wird." So erscheint ihm das „Gemeingefühl" als das Höchste: „Ihr könnt alle Religionen hinwegdenken. Der Materialismus mag die Menschen beherrschen. Eines jedoch, das Hohe, das Heilige, das Göttliche, das in dem Menschen selbst steckt, das könnt ihr nicht hinwegleugnen. Darin liegt die Liebe, und diese Liebe findet einstens ihren Tag. Durch alle Torheiten, Greuel und Fluchwürdigkeiten der vergangenen Zeitalter glänzt ihr Schein durch den Qualm der Scheiterhaufen. Sie wird bleiben — in den Herzen der letzten Menschen erst vergehen!" Die sozialen Verhältnisse, in denen üppige Genußsucht neben namenloser Not stehen, waren ihm ein unerträglicher Schmerz, und er sah die Katastrophe des Weltkrieges voraus, wenn er schreibt: „Jeder will in Schrecken und in brutal vernichtender Gewalt dem andern über sein, er zahlte Soldaten, Kanonen, Schiffe, Ballone, Torpedos usw. Es befriedigt ihn der Mehrbesitz, erschreckt ihn jedes Wettrüsten und er ändert wieder, kaum zum Schlag entschlossen. Aber in ganz wahnwitzige Verzweiflung wird das mechanische Morden die einzig das Leben wertenden Individuen stürzen: dann dürfte sich ein Resultat ergeben, mit dem die Großen und ihre Staatsweisen nicht gerechnet haben." Er selbst blieb dem Ideal treu. „Wenn du so recht eindringlich über den Unwert des Lebens, über die mutmütige Täuschung, die in allen hohen, erhabenen Träumen liegt, Jahre durch aufgeklärt warbest," heißt es in einem Selbstgespräch, „und du beginnst auf einmal zu denken, wozu sowohl schaffen! Sei kein Narr, mach dir es leicht! Höre nicht auf diesen Dämon, halte treu zu deiner Kunst. Opfere nicht ein Ideal, nach Streben nach Vollendung, nach Schönheit der fluchen Gier nach Gold, dem Handwerk. Wie tief du dir selbst wohl tust, wenn du alles, was in dir liegt, zum Besten auswirkst, das siehst du sofort, wenn du den entgegengesetzten Schritt nur versuchst, an der moralischen Verwilderung und Selbsterniedrigung, die dich bedrängt."

Die Vertrustung des deutschen Films.

In der „Börsen-Zeitung" erscheint ein Alarmruf eines Vertreters eines Filmkonzerns über Vertrustung der Filmindustrie, die von einem Konkurrenzkonzern angestrebt wird. Es heißt dort:

Vor kurzem ging eine kleine unscheinbare Meldung durch die deutsche Tagespresse, wonach die Ufa mit einem italienischen Konzern ein Abkommen getroffen habe, das dahin geht, daß beide Firmen gemeinsam eine möglichst umfassende Vertrustung des gesamten internationalen Weltmarktes vornehmen wollten.

Man denke sich eine Vertrustung des Films unter italienischer und amerikanischer Führung. Wie amerikanische Trusts kleinere und mittlere Firmen an die Wand zu drücken pflegen, das konnte man an den Vorgängen in der Zigarettenindustrie kurz vor dem Krieg merken. Man kaufte auf, was aufzukaufen war oder versuchte, durch Schleuderpreise den zu erdrosseln, der nicht gutwillig sein Geschäft hergab.

Ins Filmtechnische übertragen, bedeutet das das Ende aller kleinen Fabrikanten, das Ende aller kleineren [illegible] Verleihbetriebe. Beim Film braucht man aber noch gar nicht einmal aufzukaufen, es genügt ganz einfach, einen großen Teil der Qualitätsprodukte des deutschen, italienischen und amerikanischen Marktes in einer Hand zu vereinigen und dann einfach eine Konventionspolitik einzuleiten, die dahin geht, daß nur die Theater beliefert werden, die einzig und allein Konventionsfilm spielen.

Die nächste Stufe wäre die Einführung von festen Preisen oder etwa gar einer prozentualen Beteiligung, die wieder zur Folge hätte, daß schließlich und endlich sämtliche deutschen Lichtspieltheater unter die Kontrolle des Trusts kommen.

Wir stimmen der Herstellung eines deutschen Filmtrusts, der gemeinwirtschaftlich geleitet wird und der die Kulturindustrie mit aufnimmt, durchaus zu, damit gleichzeitig [illegible] internationalen Kapitalverknüpfungen ein Riegel vorgeschoben wird. Den großen „Arrangeuren" ist es sehr gleichgültig, wem sie die Industrien in die Hände spielen, die Hauptsache ist nur, daß sie bei solchen Geschäften Millionen verdienen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 87 | Mittwoch, den 14. April 1920 | 11. Jahrgang

Aus dem Roten Hause Danzigs.

Stadtverordnetenbericht vom 14. April.

[illegible]

Von Millionen Verwaltungen.

[illegible] **2 Millionen Mark als erste Rate für die Einebnung und den Umbau der Jahrtausendhalle auf dem Bischofsberg; 750 000 Mark zum Umbau der Werftbahnlinie zu Diensträumen** für die städtische Verwaltung.

Der Antrag des Magistrats zur Bewilligung von **750 000 Mk. für Teuerungsanlagen** [illegible] zu einer Mitteilung.

Debatte über Freimarkenfragen.

Stadtv. Schmidt-Langfuhr (Dem.) [illegible] Frankenbeuer (Mehrheitssozialist) [illegible] **das deutsche Gleiche Einfluß auf Danzig haben sollen.** [illegible] **Als jedoch die Bau- und Holzarbeiter das Gleiche verlangt hätten, sei ihnen vom Magistrat keine Unterstützung geworden.** Als Redner habe der Magistrat Einblick auf die Bauunternehmer. **Stattdessen lägen sogar in Betrieben, die der städtischen Verwaltung unterstehen, Schwarze Listen auf, die zur Protestmachung der Streikenden führen.**

Oberbürgermeister Sahm lehnte in dem Verhalten des Magistrats [illegible] **Durch eine amtliche Anfrage habe er von der Existenz einer schwarzen Liste nichts ermitteln können.** [illegible] **Schwarze Listen in den städtischen Betrieben nicht duldet.**

Stadtv. Schmidt (U. S. P.) war der Ansicht, daß die [illegible] Tatsache den Kampf der Bauarbeiter [illegible] Genossen Frankenbeuer [illegible] Redner wünschte den baldigen Abschluß des Streikkampfes mit Freuden über die Niederlage der Scharfmacher.

Genosse Frankenbeuer [illegible] auf die schwarzen Listen hin. **Es sei Tatsache, daß eine solche auf der ehemaligen Reichswerft existiere.** Die schwarzen Listen seien ein verruchtes Kampfmittel der Unternehmer.

Oberbürgermeister Sahm erklärte, daß die Einstellung der Arbeiter in die städtischen Betriebe durch das Arbeitsamt erfolge, [illegible] auf schwarze Listen.

Ein Schlußantrag machte der Debatte **ein Ende. Der Antrag Gebauer wurde zurückgezogen, und die Vorlage darauf einstimmig angenommen.** In namentlicher Abstimmung fand der Antrag Kahn-Dr. Lohmann einstimmige Annahme.

Nach langer Aussprache wurde eine Vermehrung der Beamtenstellen in der Stadtverwaltung beschlossen. Es kam dabei zur Sprache, daß in Danzig zurzeit 20 000 Steuerformulare zu bearbeiten sind.

Ein unabhängiger Antrag verlangte die

Nachprüfung sämtlicher Entlassungen von Arbeitern der städtischen Betriebe und der Werft.

Zunächst gab Stadtv. Rupp (Dem.) einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Ausschusses. Von den 56 nicht wiedereingestellten Arbeitern waren 15 länger als zwei Jahre beim Magistrat beschäftigt. Auf Beschluß des Magistrats hat sich die Kommission nur mit diesen Fällen beschäftigt. Von den 15 Entlassungen wurden 10 als berechtigt anerkannt, während in 5 Fällen die Wiedereinstellung beschlossen wurde. **Die Beschlüsse seien bis auf einen Fall einstimmig, auch mit Zustimmung des unabhängigen Vertreters, gefaßt.** Stadtv. Mau ist Mitglied des Ausschusses und der Ansicht, daß auch unter den übrigen **ein Teil zu Unrecht** entlassen ist. Den Arbeitern sei durch die Ausstellung der Entlassungspapiere Schaden entstanden und das Fortkommen erschwert. Auch die Entlassungen auf der Reichswerft müßten nachgeprüft werden.

Stadtrat Runge machte darauf aufmerksam, **daß die Kommission sämtliche 15 Entlassungen als berechtigt anerkannt und nur aus Billigkeitsgründen 5 Kündigungen aufgehoben habe, und zwar unter Verwarnung der betreffenden Arbeiter.** Die Einstellungen auf der Werft erfolgten nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Genosse Arczynski

vertrat den Standpunkt unserer Fraktion, die eine objektive Prüfung der Entlassungen forderte. 240 Nichtwiedereingestellte können jetzt in den Verdacht, sich durch das Vorgehen gegen Professor Ree oder sonst wir strafbar gemacht zu haben. Unter den 240 seien sehr viele Unschuldige.

Oberbürgermeister Sahm erwiderte, daß die Entlassenen durchaus nicht in dem Verdacht strafbarer Handlungen stehen, sondern daß ihre Wiedereinstellung aus wirtschaftlichen Gründen nicht angängig sei. **Es sei jetzt gelungen, den Produktionsprozeß in Gang zu bringen und es werde hochwertige Arbeit geleistet.**

Stadtv. Mau (Unabhängig.) billigt das Verhalten des Magistrats nicht. **Wer die Allgemeinheit schädigt, müsse entlassen werden, diesen Standpunkt habe er auch in der Kommission vertreten.** Die idiosyncratische Haltung des Magistrats sei aber nicht richtig. Man solle nicht nur gegen die kleinen, sondern auch gegen die großen Diebe vorgehen. Den gleichen Standpunkt vertrat auch der unabhängige Stadtv. Schmidt. **Selbst nach seiner Ansicht sind Diebstahl und auch notorische Faulheit Entlassungsgründe.** Stadtrat Runge erklärte, daß er durchaus kein Scharfmacher sei, und die Entlassenen allmählich wieder einstellen werde. Für nochmalige Prüfung der Entlassungsgründe trat auch der christliche Gewerkschaftler Gaikowski ein.

Genosse Karschewski

teilte mit, daß er von einer Reise zurückgekehrt sei und von der Existenz einer schwarzen Liste auf der Reichswerft nichts wisse. **Aber auf keinen Fall würde von ihr Gebrauch gemacht werden. Die Einstellung erfolge im Einvernehmen von Werftleitung und Arbeiterrat und nur die Produktion und Wirtschaftlichkeit seien dabei maßgebend. Die Einstellungskommissionen hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Bei objektiver Beurteilung müsse das auch der unabhängige Kollege Schmidt zugeben.** Tausende Arbeiter hätten auswandern müssen, wenn es nicht gelungen wäre, die Werft produktiv zu gestalten. **Das Dreschen politischer Phrasen könne dabei nichts helfen!** Nur wenn Angestellte und Arbeiter zusammenarbeiten kann Ersprießliches geleistet werden. Uebernehmen Sie die Werft (zu den Unabhängigen, die den Redner fortwährend schimpfend unterbrachen) und Sie werden sehen, daß es ganz anders ist wie sie es sich ausmalen! (Beifall!)

Stadtrat Runge gab bekannt, daß zurzeit städtische Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen werden müssen, daß also die Arbeiten der Kommission zum größten Teil deshalb vergeblich sei.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

(54) (Fortsetzung.)

[illegible]

Sie stand noch eine Weile. Die stürmischen Herz- und Pulsschläge [illegible] mit einmal gebändigt. Sie biß die Zähne zusammen und [illegible] beide Arme fielen.

So lag der Sterbende, seine Augen waren nicht entfernt, nur [illegible] Schweißtropfen standen ihm auf der Stirne und sein Atem [illegible].

[illegible] an des Sterbelagers heran.

„Willst einen Ehnl?"

Keine Antwort.

Sie trocknete ihm mit ihrer Schürze [illegible] die weg?"

Vergeblich, er hörte sie wohl nicht. Aber in seinem Gesichte zeigte sich eine Unruhe, in der Brust mit er manchmal, wie suchend, den Kopf [illegible] es sah aus, als horche er nach einem [illegible] nach dem. So hatte Burgerl einmal eine blinde Bettlerin [illegible] des Sterbeglöckleins nach ihrem Kinde horchen und sich zu ihm hinüberbeugen sehen.

Sie beugte sich rasch hinab zu seinem Ohre und sagte laut: „Ich bin's, die Mutter — die Veni!"

In welch die [illegible] Spannung in dem Gesichte des Sterbenden.

Burgerl eilte fort. Sie riß die Türe hinter sich offen stehen, [illegible] vom Herd auf sie in die Küche brummte: „Geschwind, Seferl, hinauf in die Stuben! Der Ehnl liegt in Zügen. Er kann mit [illegible] sterben, er [illegible] auf die Mutter!"

Dann rannte sie über den Hof, hinaus in das freie Feld, sie brauchte nicht lange zu suchen, sie brauchte auch keinen Beiseid zu sagen, ihr Schrei klang so ernst, ihr Antlitz war so entstellt, daß Seferl und Veni eilig herzuführt kamen und, ohne Frage, bei Seite [illegible] gewiß waren.

Burgerl hat bisher den Sterbenden her, als sie [illegible] die Treppe hinan [illegible] nahm sie aus der Küche die Öllampe mit. „Es kommt kein, daß der Mutter [illegible] nötig."

Oben war Veni vor dem Bette in die Knie gesunken und hatte nach der Hand des Schwerathmenden gesucht, diese suchte unsicher herum, erst als das weinende Weib sie selbst auf den Scheitel gelegt hatte, ruhte sie, wie an ihrem Ziele.

Plötzlich sagte der Sterbende mit knabenhaft heller Stimme: „Leg mich gegen die Wand."

Veni erhob sich, sie drückte einen Kuß auf seine Stirne, dann schlang sie feierlich beide Arme um ihn und tat, wie er geheißen.

Es war ein einziger Blick, den Burgerl, vom Fußende des Bettes, ihrem Vater zuwarf, der diesen veranlaßte, hinzu zu springen. Er fing das zusammenbrechende Weib in seinen Armen auf. Er setzte die Bewußtlose auf einen Stuhl. Burgerl drängte ihn weg. „Laß mich, Vater." Sie begann Venis Stirne und Schläfe mit Essig zu waschen. „Sie wär die nächste dazu," sagte sie unterdessen, „ihm die Augen zuzudrücken, man darf aber damit nit warten, heißt es, so will ich es an ihrer Stelle tun. Willst so gut sein, Vater, und den armen Ehnl wieder herüber legen."

Der Bauer legte den Toten zurecht. „Er hat die Augen ohnehin fest zu. Er liegt, wie schlafend."

Als Caspar vom Bette zurücktrat, ging Seferl hinzu und faßte die Hände des Erkalteten.

Veni kam wieder zu sich, sie hielt Burgerl, die ihr mit Tränen in den Augen um den Hals gefallen war, vor sich auf dem Schoße und so, eng aneinander geschmiegt, schluchzten beide, bis Caspar bekümmert herzutrat und das Weib über das Köpfchen seines Kindes hinweg ihm die bebende Hand reichte. Burgerl horchte in die Schmerz und trocknete der Mutter die Augen, dann wies sie nach dem Bette. „Er schlaft, der Ehnl, sieht, wie er schlaft."

Sie führte Veni, die sich wie ein Kind leiten ließ, einige Schritte gegen das Sterbelager, da knieten beide nieder und sprachen halblaut ein Gebet, und als das Amen verhallt war, erhob sich Burgerl und sagte: „Vater, jetzt für die Mutter hinweg."

„Ich kann mit fort", widersprach diese.

„Du kannst ihm ja noch sehen, später", tröstete Burgerl und half ihr vom Boden auf.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

In Danzigs Rotem Hause

tagte man gestern bloß von 4 bis 9 Uhr nachmittag und erledigte sogar die ganze Tagesordnung. Selbst Millionenforderungen, wie 2 Millionen Mk für die Schaffung einer Grünanlage am Bischofsberge wurden einmütig mit allen Stimmen sämtlicher Parteien bewilligt! Auch 750 000 Mk. Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten wurden einmütig bewilligt. Ungemein bemerkenswert war dabei der Widerspruch des polnischen Stadtv. Dr. Kubacz dagegen, daß die sozialen Gesetze Deutschlands auch für Danzig als Richtschnur gelten sollten! Gegen die maßlose Uebertreibung des Nationalismus wendete sich aber kein einziger Unabhängiger!

Die Absicht des Magistrats, die Kleingeldnot durch Ausgabe neuer 10 Pfg.-Scheine zu bekämpfen, fand allseitig Widerspruch. Genosse Arczynski betonte mit Recht, daß Metallgeld weit zweckmäßiger sei, das in der Gewehrfabrik leicht hergestellt werden könne. Der garnicht mehr radikale Wunsch der Unabhängigen, einer Nachprüfung der Nichtwiedereinstellungen in den Städtischen Betrieben usw., führte zu bemerkenswerten Feststellungen. Stadtrat Kunge teilte mit, daß die Prüfungskommission der Stadtverordneten mit Einschluß des Unabhängigen Mau, die Entlassung in 15 nachgeprüften Fällen für sachlich durchaus berechtigt erklärt habe. Lediglich aus Billigkeitsgründen habe sie in Einzelfällen entgegen kommen wollen. Darauf erklärte Herr Mau selber, daß Faulheit im Betriebe und Schädigung öffentlicher Interessen auch nach seiner Meinung berechtigte Entlassungsgründe seien! Als sich aber gleich darauf Genosse Karschefski mit ausgezeichnetem Material gegen das Treiben der Unabhängigen auf der Reichswerft in denselben Gedankengängen wendete, warf derselbe Herr Mau ihm vor, daß K. eine — kapitalistische Rede gehalten habe. Ja, Herr Mau behauptete sogar, der Betriebsarbeiterrat der Werft handele unter K.s Leitung kapitalistisch. Und deshalb war es so sehr bemerkenswert, daß Herr Rahn diese Behauptung nicht unterstützte. Er und sein gestern neu in die Versammlung eingetretener Geschäftsfreund, Stadtv. Jewelowski, wußten ja auch am allerbesten wie ernst gerade Genosse Karschefski mit dem Betriebsarbeiterrat die kapitalistische Ausraubung der Werft verhindert hat! Wir stehen mit näheren Schilderungen gern zu Diensten!

Der Höhepunkt der Verhandlungen war der Einspruch der demokratischen Stadtv. Schmiljan und Dr. Herrmann gegen die polnischen Reiseschikanen und Paßwillkür. Die fünf polnischen Stadtverordneten waren bei diesem Punkt nicht anwesend. Ebenso hatten die Vertreter der polnischen Presse den Saal verlassen! Stadtv. Schmiljan vermied in der Begründung jede Einseitigkeit. Er bedauerte, daß auch Deutschland jetzt 3 Mark Paßgebühr erhebe. Das sei auch in der Abwehr gegen die 20 Mk. der Polen nicht zu billigen. Die Polen wollen Danzig ganz vom durchgehenden Schnellzugsverkehr nach Berlin trennen, indem sie solche Züge nicht mehr über Dirschau, sondern nur noch über eine ganz unbekannte südliche Nebenstrecke zulassen wollen! Die treffliche Rede des Genossen Grünhagen zeichnete sich in jeder Hinsicht aus und hob die Debatte auf die ihr gebührende sachliche Höhe. Auch Oberbürgermeister Sahm trug voll der Bedeutung dieser Schicksalsfrage Danzigs Rechnung. Es machte tiefen Eindruck, als selbst dieser vorsichtige Diplomat bemerkte, aus den Verhandlungen mit den oberen polnischen Behörden gewinne man schließlich doch den Eindruck, daß es ihnen auf die Schikanierung Danzigs ankomme. Die Debatte wurde durch die Unabhängigen in einer Häkelei mit den Deutschnationalen sehr unerfreulich herabgezerrt. Die Unabhängigen fanden nicht ein einziges Wort gegen die polnische Schikanierung Danzigs, unter der doch gerade die Arbeiter am allerschwersten leiden. Dafür behauptete Herr Rahn, daß hier die Polen beschimpft worden seien! Frau Käthe Leu wendete sich mit ihm gegen den — deutschen Nationalismus! Die Deutschnationalen und der deutschnationale Vorsteher Brunzen protestierten gegen den Vorwurf der Beschimpfung Polens. Darauf riefen die Unabhängigen, daß dies doch durch die Bemerkungen „Polnische Wirtschaft" und den Vergleich mit „Knutenregiment" geschehen sei. Darauf setzten sie ihren idealen Kampf für die tadellose Zartheit der parlamentarischen Sprache in wüsten Szenen gegen die Deutschnationalen fort, die die Verhandlungen über eine Viertelstunde aufs Häßlichste unterbrachen. Herr Mau erhielt hierbei zwei Ordnungsrufe. Höchst wirksam forderte der Unabhängige Nopper in seiner Jungfernrede einen geradezu erlösenden Lachsturm heraus, als er wuchtig erklärte: „Wir lassen Herrn Brunzen keine Ruhe, bis er seine Beleidigungen zurücknimmt." Ein geschickter Geschäftsleiter hätte diese unerfreuliche Unterbrechung mindestens erheblich abkürzen können.

Ernährungsabkommen zwischen Danzig und Polen.

Das freistaatliche Wirtschaftsamt schreibt uns:

Montag und Dienstag haben in Danzig Verhandlungen stattgefunden zwischen Vertretern der polnischen Regierung, dem Oberkommissar Sir Reginald Tower und den Vertretern der künftigen Freien Stadt Danzig.

Die Verhandlungen haben einen befriedigenden Verlauf genommen, es ist die Ernährung Danzigs bis zur neuen Ernte im bisherigen Umfange sichergestellt.

Polen selbst hat keinen so großen Ueberfluß an Lebensmitteln wie in Danzig auf Grund der Kenntnisse des früheren Westpreußens angenommen wird. In Kongreßpolen mit seiner großen Bevölkerung, das durch den Krieg stark gelitten hat, herrscht bitterste Not, und Pommerellen und Posen sind trotz ihres Ueberflusses nicht imstande, Kongreßpolen und Galizien so zu ernähren, als daß nicht noch in umfangreicher Weise von der polnischen Regierung Lebensmittel im Auslande, namentlich Mehl und Fett, zu ungeheuerlichen Preisen zugekauft werden müßten. Hinzukommt, daß Polen, weil noch im Kriege befindlich, auch den Heeresbedarf sicherzustellen hat. Polen hat sich aber bereit erklärt, hinsichtlich der Brot- und Kartoffelversorgung Danzig in Preis und Menge nicht schlechter zu stellen als Kongreßpolen. Bis zur neuen Ernte wird Polen an Danzig liefern:

5600 To. Roggenmehl von 80 prozentiger Ausmahlung, 250 To. Gerstengraupe- und Grütze zur Sicherstellung des Bedarfs von Suppenküchen und der Schulspeisung, 50 To. Kartoffelmehl, 6700 To. Speisekartoffeln. Außerdem wird für die Heranschaffung von Frühgemüse aus den Nachbartreffen Sorge getragen werden. Ferner soll die Lieferung von Milch aus in der Nähe der Grenze liegenden Molkereien gestattet werden.

Die unter dem 1. März von der polnischen Regierung erlassene Verordnung über den sogenannten kleinen Grenzverkehr mit Lebensmitteln (legalisierter Hamsterverkehr), die unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs ergangen war, hat der polnischen Regierung schwere Ungelegenheiten bereitet, weil ihr durch diesen Verkehr die Durchführung der eigenen Lebensmittelverordnungen unmöglich gemacht wurde. **Dies Grenzabkommen wird daher in den nächsten Tagen aufgehoben werden.** Dagegen verpflichtet sich die polnische Regierung zur Lieferung von 325 Doppelzentner Schweinefleisch wöchentlich, ferner erhält Danzig für die nächste Zeit das Recht des Eieraufkaufs in Pommerellen.

Betont werden muß, daß alle diese Lieferungen nicht für die Stadt Danzig allein, sondern auch für die anderen Bedarfsorte wie Ohra, Zoppot, Bürgerwiesen usw. bestimmt sind.

Danzig hat sich seinerseits verpflichtet, der polnischen Regierung Zuchtvieh zu liefern, ferner 500 To. Rohzucker, 150 To. Marmelade, sowie einen bestimmten Posten Hülsenfrüchte. Damit haben die vom Danziger Wirtschaftsamt mit der Posener und Warschauer Regierung seit längerer Zeit über die Ernährung Danzigs bis zur neuen Ernte geführten Verhandlungen vorläufig ihren Abschluß gefunden.

Wir haben schon betont, daß durch dieses Abkommen Danzigs Ernährung nur in dem bisherigen Umfange gesichert ist. Dieser reicht für die breiten Massen, wie anerkannt wird, kaum aus. Das Wirtschaftsamt verhandelt daher zurzeit noch über Ankäufe im Auslande, die hoffentlich gleichfalls zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Uns besagt diese amtliche Darstellung über die ungünstige wirtschaftliche Lage Polens garnichts neues. Umso stärker hoffen wir, daß auch dieses Abkommen nicht bloß eine Zierde des Papiers bleibt, sondern tatsächlich verwirklicht wird. Die nächste Wirkung, die völlige Aufhebung des kleinen Grenzverkehrs wirkt alles andere nur nicht hoffnungsfreudig.

Neue Bestimmungen für den Reiseverkehr nach Deutschland hat das Deutsche Reich getroffen. Sie regeln besonders die Erteilung des Sichtvermerks auf den Pässen, die neuerdings dem hiesigen Reichs- und Staatskommissar übertragen worden ist. Wir erhielten die sehr wichtigen Vorschriften leider erst so spät, daß wir sie erst morgen veröffentlichen können.

Das Wahlrecht zur Volkstagswahl.

Der Magistrat schreibt uns: Nach der für die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung des Freistaats aufgestellten Wahlordnung sind alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die bis zum Wahltage — 16. Mai 1920 — das 20. Lebensjahr vollendet haben, wahlberechtigt, sofern sie mindestens seit dem Zeitpunkte der Abtrennung des Freistadtgebiets vom Deutschen Reich (10. Januar d. Js.) in diesem Gebiete ihren Wohnsitz haben und außerdem in diesem Zeitpunkte die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen.

Da in der Kartothek des städt. Wahlamtes bisher nur diejenigen Personen enthalten sind, die bis zum 31. Dezember 1919 20 Jahre alt geworden sind, ist es erforderlich, daß diejenigen, die nach diesem Zeitpunkte bis zum Wahltage das 20. Lebensjahr vollenden, ihre Aufnahme in die Wahlkartothek bei dem städt. Wahlamt, Töpfergasse 1/3, beantragen. Der Magistrat hat eine dahingehende Aufforderung in den Tageszeitungen erscheinen lassen, die hiermit nochmals in Erinnerung gebracht wird.

Das diese neue Aufklärung einleuchtender ist als die früher von uns bemängelte Bekanntmachung, können wir gerade nicht behaupten. So weit wir lesen können, besagt diese Zuschrift: Alle am 16 Mai in Danzig wohnhaften über 20 Jahre alten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die am 10. Januar oder beim späteren Zuzuge die deutsche Reichsangehörigkeit besessen haben, sind wahlberechtigt. Wenn dies aber wirklich gemeint ist, warum schreibt man es dann auch nicht klipp und klar?!

Anzeigepflicht bei Abschluß von Mietverträgen.

Der Magistrat erläßt im heutigen Anzeigenteil eine ergänzende Anordnung über die Anzeigepflicht bei Abschluß von Mietverträgen. Danach ist jeder Abschluß eines Mietvertrages nicht nur über Wohnräume, Läden und Werkstätten, sondern auch über Geschäftsräume und Bureaus binnen einer Woche nach Abschluß, vom Vermieter beim Wohnungsamt anzuzeigen.

Die Anzeige muß nach der Anordnung vom 5. Sept. 19 enthalten den Namen des Mieters und die Höhe der Miete am 1. Juli 14, den Namen des letzten Mieters und die letzte Miete, die neue Miete, und falls der Vertrag mit einem neuen Mieter abgeschlossen ist, den Namen dieses Mieters. Erscheint der neue Mietzins zu hoch, so kann das Wohnungsamt binnen einer Woche nach Eingang der Anzeige und der Mieter binnen 2 Wochen nach Vertragsabschluß die Herabsetzung der Miete beim Einigungsamt beantragen. Hat der Vermieter die Anzeige unterlassen, so kann er keine Ansprüche aus dem Mietvertrage herleiten.

Wer vorsätzlich die Anzeige nicht rechtzeitig oder unrichtig oder unvollständig erstattet, wird mit Geldstrafe bis 1000 Mk. bestraft.

Ausgabe von Briefmarken zu 10 und 20 Mark.

Deutsche Briefmarken zu 10 und 20 Mark gelangen demnächst zur Ausgabe. Im Gegensatz zu anderen Postverwaltungen hat die Reichspost früher große Zurückhaltung bei der Ausgabe hochwertiger Briefmarken gezeigt. Seinerzeit gingen die Werte für den öffentlichen Verkehr sogar nur bis 50 Pfennig. Nur für den inneren Dienstbetrieb gab es Wertzeichen zu 1 und 3 Mark. Erst unter Staatssekretär v. Podbielski wurden Marken bis zum Betrage von 5 Mark ausgegeben, bei denen es Mühe verblieb. Die Verkehrsanstalten und Oberpostdirektionen haben aber wiederholt höhere Werte auch für die Reichspost vorgeschlagen und befürwortet. Die hohen Portogebühren, besonders für Pakete lassen sie aber mehr und mehr vermissen. Das Reichspostministerium hat deshalb die Reichsdruckerei beauftragt, die Ausgabe von 10- und 20-Mark-Marken vorzubereiten.

Im Olivaer Walde aufgefundenes Kind.

Am 7. April 1920 nachmittags wurde von Kindern im Olivaer Walde in der Nähe der Kölmer Chaussee ein ungefähr 14 Tage bis 3 Wochen altes Mädchen gefunden, das dort ausgesetzt worden war.

Der Verdacht, das Kind ausgesetzt zu haben, fällt auf eine etwa 25 Jahre alte blonde Frauensperson, die mit schwarzem Hut und schwarzem Mantel bekleidet war und am Vormittag desselben Tages in der Nähe der Fundstelle des Kindes mit einem Säugling auf dem Arm gesehen worden ist. Wahrscheinlich handelt es sich um ein unehelich geborenes Kind.

Bei dem Kinde befanden sich 3 Hemdchen, 2 Jäckchen, 2 alte Windeln und ein graues Tuch, alles ohne besondere Kennzeichen.

Zur Ermittelung der Mutter des Kindes dienliche Mitteilungen werden an das Armenamt Oliva, Rathaus, Zimmer 8, erbeten.

Zur Behebung der Heizölnot. Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteil. — Da das Reich die Lieferung von Heizölen nach der Abtrennung des freistaatlichen Gebietes eingestellt hat, bemüht sich der Magistrat, den Bedarf an diesen Produkten sicherzustellen. Vom dem Erfolge der hierüber geführten Verhandlungen wird es abhängen, ob der zurzeit bestehenden Heizölnot in ausreichendem Maße begegnet werden kann.

Tagung der Danziger Polizeibeamten. Am 18. April, 9 Uhr vormittags, findet im Gewerbehause, Heiligegeistgasse 82, der erste Polizeibeamtentag des Verbandes der Polizeibeamten im Freistaat Danzig statt.

Filmschau.

Kammer-Lichtspiele Langfuhr. Ein sinnfälliger Sensationsfilm aus Wildwest, „Frank Lorton, das große Rätsel" betitelt, bringt in spannenden Folgen eine Indianergeschichte von ehemals und macht namentlich auf die jugendlichen Gemüter einen starken Eindruck. Wertvoller dagegen ist der zweite Film des diesmaligen Programms „Nr. 113". Er behandelt das Problem der Liebe des Sohnes, der sich für den Vater opfert. Dieser hat sich zu einer Wechselfälschung verleiten lassen, deren Folgen der Sohn trägt. Um Stellung und Ruf gebracht trägt er als Zuchthäusler die Strafe, bis schließlich der wahre Sachverhalt ans Licht kommt durch die Bemühungen der Tochter des Zuchthausdirektors, die den Sträfling liebt. Die schlichte Kunst Käthe Haacks vom Berliner Lessingtheater, sowie die Mitwirkung anderer namhafter Kinodarsteller erhebt den Film zu den besseren unter den Kriminal-Filmtragödien. Für die Lacher gibt es noch eine Lustspiel-Einlage.

Polizeibericht vom 14. April 1920. Verhaftet: 21 Personen, darunter 15 wegen Diebstahls, 1 wegen Mißhandlung und Widerstandes und 5 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Bibliothekbuch: „Der Piratenleutnant", 1 Einlaßkarte in die Hebammen-Lehranstalt, 1 Hauptnahrungskarte, 1 br. Schal, 1 schw. Tuch, 5 einzelne Handschuhe, 1 Haarunterlage, 1 Zigarrentasche mit Papieren für Mattischoff, 5 Schlüssel am Ringe, 4 Kinderhauptkarten, 1 Bernsteinbrosche mit blauem Stein, 1 gold. Brosche mit Monogramm L. P., 1 photogr. Apparat defekt, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums; 1 Perlenpompadour mit Portemonnaie und Taschentuch, abzuholen von Herrn Max Wienß, Pinkestraße 20; 1 Halskette aus dunkelroten Glasperlen, abzuholen von Herrn Stadtfeldr. Arendt, Jäschkentalerweg 4; 1 gold. Medaillon mit Monogramm, abzuholen von Herrn Otto Felix, Faulgraben 8; 1 Faß mit gemahlenem Kaffee, abzuholen von Herrn Zollaufseher Weinhardt, Albrechtstraße 21.

Aus dem Freistadtbezirk.

Verein Arbeiter-Jugend Ohra.

Am Donnerstag, den 15. d. Mts., abends 7 Uhr, Mandolinen- und Gesangsabend. Leiter: Genosse Graf. Danach einige Bekanntmachungen. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Aus dem deutschen Osten.

s **Freistadt.** Eine ganz junge, noch frisch erhaltene männliche Kindesleiche wurde in einem schmutzigen Tuch eingewickelt und mit Erde halb zugedeckt in dem Wäldchen am Rackersee in der Nähe des früheren Schießstandes der Fliegerabteilung am Sonntag von Spaziergängern gefunden. Da die Leiche eine Schnur um den Hals trug, soll durch die Untersuchung festgestellt werden, ob das Kind vorher von der Mutter erwürgt worden ist.

Aus aller Welt.

Schwere Grubenkatastrophe in Oberschlesien.

Auf der Castellengogrube der Gräflich-Ballestremschen Verwaltung entstand am 9. April abends, offenbar durch überladene Schüsse, eine Kohlenstaubexplosion, die nach den bisherigen Feststellungen 38 Todesopfer forderte. Bis 2 Uhr nachts wurden 38 Tote aus der Grube geborgen. Zehn Verletzte wurden ins Lazarett gebracht, von denen noch zwei gestorben sind. Acht Leichen liegen noch in der Grube. Eine Betriebsstörung findet nicht statt.

Letzte Nachrichten.

Generalstreik in Irland.

London, 13. April. Der Kongreß der irischen Gewerkschaften beschloß einen eintägigen Streik als Protest gegen die Behandlung der politischen Gefangenen, die gegenwärtig in Irland den Hungerstreik führen. Der Streik hat heute begonnen. Nachrichten aus verschiedenen Teilen des Landes besagen, daß die Arbeit im allgemeinen ruht. Ein großer Teil der Eisenbahner streikt. Der Streik soll solange dauern, bis alle Gefangenen in Freiheit gesetzt sind.

Arbeiterwahlsieg in England.

London, 13. April (H. N.) Bei der Ersatzwahl in Dartford wurde der Arbeiterkandidat Mills mit 13610 Stimmen gewählt. Die vier Gegenkandidaten erreichten noch nicht einmal zusammen diese Stimmenzahl. Bei den allgemeinen Wahlen war in Dartford der Koalitionsliberale mit 9000 Stimmen Mehrheit gewählt worden. — In Stockport wurden zwei Koalitionskandidaten mit 22—23 000 Stimmen gewählt, aber die Arbeiterkandidaten brachten es auf über 16 000 Stimmen, während das vorige Mal die Regierungsparteien ohne Gegenkandidaten durchs Ziel gegangen waren.

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Roops, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 87 — Mittwoch, den 14. April 1920 — 11. Jahrgang

Aus dem Roten Hause Danzigs.

Stadtverordnetenbericht vom 14. April.

[illegible]

Neue Millionen-Bewilligungen.

[illegible] **1 Millionen Mark als erste Rate für den Einbau und den Umbau der Reinigungswerke auf dem Bischofsberg; 750 000 Mark zum Umbau der Werkstätten zu Diensträumen** für die städtische Verwaltung.

[illegible] **für Instrumentalisten** [illegible]

Debatte über Kommunalbetriebe.

[illegible] **Es sei Tatsache, daß eine solche auf der ehemaligen Reichswerft existiere.** Die schwarzen Listen seien ein verruchtes Kampfmittel der Unternehmer.

Stadtrat Lemke erklärte, daß die Einstellung der Arbeiter in die städtischen Betriebe durch das Arbeitsamt erfolge, [illegible] auf schwarze Listen.

Die Schlußabstimmung machte der Debatte ein Ende. **Der Antrag Scheuer wurde zurückgezogen, und die Vorlage darauf einstimmig angenommen.** In namentlicher Abstimmung fand der Antrag Wolf-Henriette einstimmige Annahme.

Nach kurzer Ausschußberatung wurde eine Vermehrung der Beamtenstellen in der Steuerverwaltung beschlossen. Es kam dabei zur Sprache, daß in Danzig zurzeit 20 000 Steuerpflichtige zu bearbeiten sind.

[illegible] **daß deutsche Kriegsschiffe auf Danzig haben feuern sollen.** [illegible] **Es ist eine Tatsache, daß die Leute, die** [illegible] **Als jedoch die Bau- und Holzarbeiter des Streiks verlangt hätten, sei ihnen vom Magistrat keine Unterstützung geworden.** [illegible] **Stattdessen lägen sogar in Betrieben, die der städtischen Verwaltung unterstehen, Schwarze Listen auf, die zur Provokation der Streikenden führen.**

Stadtverordneter Grünbaum [illegible] **Durch eine amtliche Anfrage habe er von der Existenz einer schwarzen Liste nichts ermitteln können.** [illegible] Politischen Verrichten nicht beachtet.

Stadtverordneter [illegible] (U. S.) war der Ansicht, daß die [illegible] Taktik des Senats der Bauarbeiter hervorgerufen habe. [illegible] Redner wünschte den baldigen Abschluß der Streikbewegung mit Tarifen über die Regelung der [illegible]

Redner Grünbaum wird nochmals auf die schwarzen Listen [illegible] **Es sei Tatsache, daß eine solche auf der ehemaligen Reichswerft existiere.** Die schwarzen Listen seien ein verruchtes Kampfmittel der Unternehmer.

Stadtrat Lemke erklärte, daß die Einstellung der Arbeiter in die städtischen Betriebe durch das Arbeitsamt erfolge, [illegible] auf schwarze Listen.

Die Schlußabstimmung machte der Debatte ein Ende. **Der Antrag Scheuer wurde zurückgezogen, und die Vorlage darauf einstimmig angenommen.** In namentlicher Abstimmung fand der Antrag Wolf-Henriette einstimmige Annahme.

Nach kurzer Ausschußberatung wurde eine Vermehrung der Beamtenstellen in der Steuerverwaltung beschlossen. Es kam dabei zur Sprache, daß in Danzig zurzeit 20 000 Steuerpflichtige zu bearbeiten sind.

Am [illegible] Antrag verlangte die

Nachprüfung sämtlicher Entlassungen von Arbeitern der städtischen Betriebe und der Werft.

[illegible] Bericht über die bisherigen Entlassungen. Von den 50 nicht wiedereingestellten Arbeitern waren 15 länger als zwei Jahre beim Magistrat beschäftigt. Auf Veranlassung des Magistrats hat sich die Kommission [illegible] **Von den 15 Entlassungen ist anerkannt, während in 5 Fällen die Entlassungen beschlossen wurde. Die Beschlüsse seien bis auf einen Fall einstimmig auch mit Zustimmung des unabhängigen Vertreters, gefaßt.** Stadtv. Mau ist Mitglied des Ausschusses [illegible] **ein Teil zu Unrecht** [illegible] Den Arbeitern sei durch die Nichtbeachtung der Entlassungsfristen Schaden entstanden und das Fortkommen erschwert. Auch die Entlassungen auf der Reichswerft müßten nachgeprüft werden.

Stadtrat Lunge machte darauf aufmerksam, **daß die Kommission sämtliche 15 Entlassungen als berechtigt anerkannt und nur aus Billigkeitsgründen 5 Kündigungen aufgehoben habe, und zwar unter Verwarnung der betreffenden Arbeiter.** Die Einstellungen auf der Werft erfolgten nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Genosse Arczynski

[illegible] der Standpunkt unserer Fraktion [illegible] Entlassungen forderte. [illegible] Nichtwiedereingestellten [illegible] jetzt in den Verdacht, sich durch das Vorgehen [illegible] aber sonst wir strafbar gemacht zu haben. Unter den 240 seien sehr viele Unschuldige.

Oberbürgermeister Sahm erwiderte, daß die Entlassenen durchaus nicht in dem Verdacht strafbarer Handlungen stehen, sondern daß ihre Wiedereinstellung aus wirtschaftlichen Gründen nicht angängig sei. **Es sei jetzt gelungen, den Produktionsprozeß in Gang zu bringen und es werde hochwertige Arbeit geleistet.**

Stadtv. Mau (Unabhängig.) billigt das Verhalten des Magistrats nicht. **Wer die Allgemeinheit schädigt, müsse entlassen werden, diesen Standpunkt habe er auch in der Kommission vertreten.** Die scharfmacherische Haltung des Magistrats sei aber nicht richtig. Man solle nicht nur gegen die Kleinen, sondern auch gegen die großen Diebe vorgehen. Den gleichen Standpunkt vertrat auch der unabhängige Stadtv. Schmidt. **Selbst nach seiner Ansicht sind Diebstahl und auch notorische Faulheit Entlassungsgründe.** Stadtrat Lunge erklärte, daß er durchaus kein Scharfmacher sei, und die Entlassenen allmählich wieder einstellen werde. Für nochmalige Prüfung der Entlassungsgründe trat auch der christliche Gewerkschaftler Gaikowski ein.

Genosse Karschewski

teilte mit, daß er von einer Reise zurückgekehrt sei und von der Existenz einer schwarzen Liste auf der Reichswerft nichts wisse. **Aber auf keinen Fall würde von ihr Gebrauch gemacht werden. Die Einstellung erfolge im Einvernehmen von Werftleitung und Arbeiterrat und nur die Produktion und Wirtschaftlichkeit seien dabei maßgebend. Die Einstellungskommissionen hätten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Bei objektiver Beurteilung müsse das auch der unabhängige Kollege Schmidt zugeben.** Tausende Arbeiter hätten auswandern müssen, wenn es nicht gelungen wäre, die Werft produktiv zu gestalten. **Das Dreschen politischer Phrasen könne dabei nichts helfen!** Nur wenn Angestellte und Arbeiter zusammenarbeiten kann Ersprießliches geleistet werden. Uebernehmen Sie die Werft (zu den Unabhängigen, die den Redner fortwährend schimpfend unterbrachen) und Sie werden sehen, daß es ganz anders ist wie Sie es sich ausmalen! (Beifall!)

Stadtrat Lunge gab bekannt, daß zurzeit städtische Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen werden müssen, daß also die Arbeiten der Kommission zum größten Teil deshalb vergeblich sei.

Der Schandfleck.

Eine Kriegsgeschichte von Ludwig Angerstein.

[illegible]

(Fortsetzung.)

[illegible]

Es war ein einziger Blick, den Burgerl, vom Fußende des Bettes, ihrem Vater zuwarf, der diesen veranlaßte, hinzu zu springen. Er fing das zusammenbrechende Weib in seinen Armen auf. Er setzte die Bewußtlose auf einen Stuhl. Burgerl drängte ihn weg. „Laß mich, Vater." Sie begann Lenis Stirne und Schläfe mit Essig zu waschen. „Sie wär die nächste dazu," sagte sie unterdessen. „Um die Augen zuzudrücken, man darf aber damit nicht warten, heißt es, so will ich es an ihrer Stelle tun. Willst so gut sein, Vater, und den armen Ehnl wieder herüber legen."

Der Vater legte den Toten zurecht. „Er hat die Augen ohnehin fest zu. Er liegt, wie schlafend."

Als Caspar vom Bette zurücktrat, ging Sefert hinzu und faßte die Hände des Erkalteten.

Leni kam wieder zu sich, sie hielt Burgerl, die ihr mit Tränen in den Augen um den Hals gefallen war, vor sich auf dem Schoße und so, eng aneinander geschmiegt, schluchzten beide, bis Caspar bestimmt herantrat und das Weib über das Köpfchen seines Kindes hinweg ihm die bebende Hand reichte. Burgerl hauchte in die Schläfen und trocknete der Mutter die Augen, dann wies sie nach dem Bette. „Er schlaft, der Ehnl, schau, wie er schlaft."

Sie führte Leni, die sich wie ein Kind leiten ließ, einige Schritte gegen das Sterbelager, da knieten beide nieder und sprachen halblaut ein Gebet, und als das Amen verhallt war, erhob sich Burgerl und sagte: „Vater, jetzt für die Mutter hinweg."

„Ich kann mit fort", widersprach diese.

„Du kannst ihn ja noch sehen, später", tröstete Burgerl und half ihr vom Boden auf.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

In Danzigs Rotem Hause

tagte man gestern bloß von 4 bis 9 Uhr nachmittag und erledigte sogar die ganze Tagesordnung. Selbst Millionenforderungen, wie 2 Millionen Mk für die Schaffung einer Grünanlage am Bischofsberge wurden einmütig mit allen Stimmen sämtlicher Parteien bewilligt! Auch 750 000 Mk. Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten wurden einmütig bewilligt. Ungemein bemerkenswert war dabei der Widerspruch des polnischen Stadtv. Dr. Kubacz dagegen, daß die sozialen Gesetze Deutschlands auch für Danzig als Richtschnur gelten sollten! Gegen die maßlose Uebertreibung des Nationalismus wendete sich aber kein einziger Unabhängiger!

Die Absicht des Magistrats, die Kleingeldnot durch Ausgabe neuer 10 Pfg.-Scheine zu bekämpfen, fand allseitig Widerspruch. Genosse Arczynski betonte mit Recht, daß Metallgeld weit zweckmäßiger sei, das in der Gewehrfabrik leicht hergestellt werden könne. Der garnicht mehr radikale Wunsch der Unabhängigen, einer Nachprüfung der Nichtwiedereinstellungen in den Städtischen Betrieben usw., führte zu bemerkenswerten Feststellungen. Stadtrat Runge teilte mit, daß die Prüfungskommission der Stadtverordneten mit Einschluß des Unabhängigen Mau, die Entlassung in 15 nachgeprüften Fällen für sachlich durchaus berechtigt erklärt habe. Lediglich aus Billigkeitsgründen habe sie in Einzelfällen entgegen kommen wollen. Darauf erklärte Herr Mau selber, daß Faulheit im Betriebe und Schädigung öffentlicher Interessen auch nach seiner Meinung berechtigte Entlassungsgründe seien! Als sich aber gleich darauf Genosse Karschefski mit ausgezeichnetem Material gegen das Treiben der Unabhängigen auf der Reichswerft in denselben Gedankengängen wendete, warf derselbe Herr Mau ihm vor, daß K. eine — kapitalistische Rede gehalten habe. Ja, Herr Mau behauptete sogar, der Betriebsarbeiterrat der Werft handele unter K.s Leitung kapitalistisch. Und deshalb war es so sehr bemerkenswert, daß Herr Rahn diese Behauptung nicht unterstützte. Er und sein gestern neu in die Versammlung eingetretener Geschäftsfreund, Stadtv. Jewelowski, mußten ja auch am allerbesten wie ernst gerade Genosse Karschefski mit dem Betriebsarbeiterrat die kapitalistische Ausraubung der Werft verhindert hat! Wir stehen mit näheren Schilderungen gern zu Diensten!

Der Höhepunkt der Verhandlungen war der Einspruch der demokratischen Stadtv. Schmiljan und Dr. Herrmann gegen die polnischen Reiseschikanen und Paßwillkür. Die fünf polnischen Stadtverordneten waren bei diesem Punkt nicht anwesend. Ebenso hatten die Vertreter der polnischen Presse den Saal verlassen! Stadtv. Schmiljan vermied in der Begründung jede Einseitigkeit. Er bedauerte, daß auch Deutschland jetzt 3 Mark Paßgebühr erhebe. Das sei auch in der Abwehr gegen die 20 Mk. der Polen nicht zu billigen. Die Polen wollen Danzig ganz vom durchgehenden Schnellzugsverkehr nach Berlin trennen, indem sie solche Züge nicht mehr über Dirschau, sondern nur noch über eine ganz unbekannte südliche Nebenstrecke zulassen wollen! Die treffliche Rede des Genossen Grünhagen zeichnete sich in jeder Hinsicht aus und hob die Debatte auf die ihr gebührende sachliche Höhe. Auch Oberbürgermeister Sahm trug voll der Bedeutung dieser Schicksalsfrage Danzigs Rechnung. Es machte tiefen Eindruck, als selbst dieser vorsichtige Diplomat bemerkte, aus den Verhandlungen mit den oberen polnischen Behörden gewinne man schließlich doch den Eindruck, daß es ihnen auf die Schikanierung Danzigs ankomme. Die Debatte wurde durch die Unabhängigen in einer Häkelei mit den Deutschnationalen sehr unerfreulich herabgezerrt. Die Unabhängigen fanden nicht ein einziges Wort gegen die polnische Schikanierung Danzigs, unter der doch gerade die Arbeiter am allerschwersten leiden. Dafür behauptete Herr Rahn, daß hier die Polen beschimpft worden seien! Frau Käthe Leu wendete sich mit ihm gegen den — deutschen Nationalismus! Die Deutschnationalen und der deutschnationale Vorsteher Brunzen protestierten gegen den Vorwurf der Beschimpfung Polens. Darauf riefen die Unabhängigen, daß dies doch durch die Bemerkungen „Polnische Wirtschaft" und den Vergleich mit „Knutenregiment" geschehen sei. Darauf setzten sie ihren idealen Kampf für die tadellose Zartheit der parlamentarischen Sprache in wüsten Szenen gegen die Deutschnationalen fort, die die Verhandlungen über eine Viertelstunde aufs Häßlichste unterbrachen. Herr Mau erhielt hierbei zwei Ordnungsrufe. Höchst wirksam forderte der Unabhängige Nopper in seiner Jungfernrede einen geradezu erlösenden Lachsturm heraus, als er wuchtig erklärte: „Wir lassen Herrn Brunzen keine Ruhe, bis er seine Beleidigungen zurücknimmt." Ein geschickter Geschäftsleiter hätte diese unerfreuliche Unterbrechung mindestens erheblich abkürzen können.

Ernährungsabkommen zwischen Danzig und Polen.

Das freistaatliche Wirtschaftsamt schreibt uns:

Montag und Dienstag haben in Danzig Verhandlungen stattgefunden zwischen Vertretern der polnischen Regierung, dem Oberkommissar Sir Reginald Tower und den Vertretern der künftigen Freien Stadt Danzig.

Die Verhandlungen haben einen befriedigenden Verlauf genommen, es ist die Ernährung Danzigs bis zur neuen Ernte im bisherigen Umfange sichergestellt.

Polen selbst hat keinen so großen Ueberfluß an Lebensmitteln wie in Danzig auf Grund der Kenntnisse des früheren Westpreußens angenommen wird. In Kongreßpolen mit seiner großen Bevölkerung, das durch den Krieg stark gelitten hat, herrscht bitterste Not, und Pommerellen und Posen sind trotz ihres Ueberflusses nicht imstande, Kongreßpolen und Galizien so zu ernähren, als daß nicht noch in umfangreicher Weise von der polnischen Regierung Lebensmittel im Auslande, namentlich Mehl und Fett, zu ungeheuerlichen Preisen zugekauft werden müßten. Hinzukommt, daß Polen, weil noch im Kriege befindlich, auch den Heeresbedarf sicherzustellen hat. Polen hat sich aber bereit erklärt, hinsichtlich der Brot- und Kartoffelversorgung Danzig in Preis und Menge nicht schlechter zu stellen als Kongreßpolen. Bis zur neuen Ernte wird Polen an Danzig liefern:

5600 To. Roggenmehl von 80 prozentiger Ausmahlung, 250 To. Gerstengraupe und Grütze zur Sicherstellung des Bedarfs von Suppenküchen und der Schulspeisung, 50 To. Kartoffelmehl, 6700 To. Speisekartoffeln. Außerdem wird für die Heranschaffung von Frühgemüse aus den Nachbarkreisen Sorge getragen werden. Ferner soll die Lieferung von Milch aus in der Nähe der Grenze liegenden Molkereien gestattet werden.

Die unter dem 1. März von der polnischen Regierung erlassene Verordnung über den sogenannten kleinen Grenzverkehr mit Lebensmitteln (legalisierter Hamsterverkehr), die unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs ergangen war, hat der polnischen Regierung schwere Ungelegenheiten bereitet, weil ihr durch diesen Verkehr die Durchführung der eigenen Lebensmittelverordnungen unmöglich gemacht wurde. Dies Grenzabkommen wird daher in den nächsten Tagen aufgehoben werden. Dagegen verpflichtet sich die polnische Regierung zur Lieferung von 325 Doppelzentner Schweinefleisch wöchentlich, ferner erhält Danzig für die nächste Zeit das Recht des Eieraufkaufs in Pommerellen.

Betont werden muß, daß alle diese Lieferungen nicht für die Stadt Danzig allein, sondern auch für die anderen Bedarfsorte wie Ohra, Zoppot, Bürgerwiesen usw. bestimmt sind.

Danzig hat sich seinerseits verpflichtet, der polnischen Regierung Zuchtvieh zu liefern, ferner 500 To. Rohzucker, 150 To. Marmelade, sowie einen bestimmten Posten Hülsenfrüchte. Damit haben die vom Danziger Wirtschaftsamt mit der Posener und Warschauer Regierung seit längerer Zeit über die Ernährung Danzigs bis zur neuen Ernte geführten Verhandlungen vorläufig ihren Abschluß gefunden.

Wir haben schon betont, daß durch dieses Abkommen Danzigs Ernährung nur in dem bisherigen Umfange gesichert ist. Dieser reicht für die breiten Massen, wie anerkannt wird, kaum aus. Das Wirtschaftsamt verhandelt daher zurzeit noch über Ankäufe im Auslande, die hoffentlich gleichfalls zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Uns besagt diese amtliche Darstellung über die ungünstige wirtschaftliche Lage Polens garnichts neues. Umso stärker hoffen wir, daß auch dieses Abkommen nicht bloß eine Zierde des Papiers bleibt, sondern tatsächlich verwirklicht wird. Die nächste Wirkung, die völlige Aufhebung des kleinen Grenzverkehrs wirkt alles andere nur nicht hoffnungsfreudig.

Neue Bestimmungen für den Reiseverkehr nach Deutschland hat das Deutsche Reich getroffen. Sie regeln besonders die Erteilung des Sichtvermerks auf den Pässen, die neuerdings dem hiesigen Reichs- und Staatskommissar übertragen worden ist. Wir erhielten die sehr wichtigen Vorschriften leider erst so spät, daß wir sie erst morgen veröffentlichen können.

Das Wahlrecht zur Volkstagswahl.

Der Magistrat schreibt uns: Nach der für die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung des Freistaats aufgestellten Wahlordnung sind alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die bis zum Wahltage — 16. Mai 1920 — das 20. Lebensjahr vollendet haben, wahlberechtigt, sofern sie mindestens seit dem Zeitpunkte der Abtrennung des Freistadtgebiets vom Deutschen Reich (10. Januar d. Js.) in diesem Gebiete ihren Wohnsitz haben und außerdem in diesem Zentpunkte die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen.

Da in der Kartothek des städt. Wahlamtes bisher nur diejenigen Personen enthalten sind, die bis zum 31. Dezember 1919 20 Jahre alt geworden sind, ist es erforderlich, daß diejenigen, die nach diesem Zeitpunkte bis zum Wahltage das 20. Lebensjahr vollenden, ihre Aufnahme in die Wahlkartothek bei dem städt. Wahlamt, Töpfergasse 1/3, beantragen. Der Magistrat hat eine dahingehende Aufforderung in den Tageszeitungen erscheinen lassen, die hiermit nochmals in Erinnerung gebracht wird.

Das diese neue Aufklärung einleuchtender ist als die früher von uns bemängelte Bekanntmachung, können wir gerade nicht behaupten. So weit wir lesen können, besagt diese Zuschrift: Alle am 16 Mai in Danzig wohnhaften über 20 Jahre alten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die am 10. Januar oder beim späteren Zuzuge die deutsche Reichsangehörigkeit besessen haben, sind wahlberechtigt. Wenn dies aber wirklich gemeint ist, warum schreibt man es dann auch nicht klipp und klar?!

Anzeigepflicht bei Abschluß von Mietverträgen.

Der Magistrat erläßt im heutigen Anzeigenteil eine ergänzende Anordnung über die Anzeigepflicht bei Abschluß von Mietverträgen. Danach ist jeder Abschluß eines Mietvertrages nicht nur über Wohnräume, Läden und Werkstätten, sondern auch über Geschäftsräume und Bureaus binnen einer Woche nach Abschluß, vom Vermieter beim Wohnungsamt anzuzeigen.

Die Anzeige muß nach der Anordnung vom 5. Sept. 19 enthalten den Namen des Mieters und die Höhe der Miete am 1. Juli 14, den Namen des letzten Mieters und die letzte Miete, die neue Miete, und falls der Vertrag mit einem neuen Mieter abgeschlossen ist, den Namen dieses Mieters. Erscheint der neue Mietzins zu hoch, so kann das Wohnungsamt binnen einer Woche nach Eingang der Anzeige und der Mieter binnen 2 Wochen nach Vertragsabschluß die Herabsetzung der Miete beim Einigungsamt beantragen. Hat der Vermieter die Anzeige unterlassen, so kann er keine Ansprüche aus dem Mietvertrage herleiten.

Wer vorsätzlich die Anzeige nicht rechtzeitig oder unrichtig oder unvollständig erstattet, wird mit Geldstrafe bis 1000 Mk. bestraft.

Ausgabe von Briefmarken zu 10 und 20 Mark.

Deutsche Briefmarken zu 10 und 20 Mark gelangen demnächst zur Ausgabe. Im Gegensatz zu anderen Postverwaltungen hat die Reichspost früher große Zurückhaltung bei der Ausgabe hochwertiger Briefmarken gezeigt. Seinerzeit gingen die Werte für den öffentlichen Verkehr sogar nur bis 50 Pfennig. Nur für den innern Dienstbetrieb gab es Wertzeichen zu 1 und 2 Mark. Erst unter Staatssekretär v. Podbielski wurden Marken bis zum Betrage von 5 Mark ausgegeben, bei denen es bisher verblieb. Die Verkehrsanstalten und Oberpostdirektionen haben aber wiederholt höhere Werte auch für die Reichspost vorgeschlagen und beantragt. Die hohen Portogebühren, besonders für Pakete lassen sie aber mehr und mehr vermissen. Das Reichspostministerium hat deshalb die Reichsdruckerei beauftragt, die Ausgabe von 10- und 20-Mark-Marken vorzubereiten.

Im Olivaer Walde aufgefundenes Kind.

Am 7. April 1920 nachmittags wurde von Kindern im Olivaer Walde in der Nähe der Köllner Chaussee ein ungefähr 14 Tage bis 3 Wochen altes Mädchen gefunden, das dort ausgesetzt worden war.

Der Verdacht das Kind ausgesetzt zu haben, fällt auf eine etwa 25 Jahre alte blonde Frauensperson, die mit schwarzem Hut und schwarzem Mantel bekleidet war und am Vormittag desselben Tages in der Nähe der Fundstelle des Kindes mit einem Säugling auf dem Arm gesehen worden ist. Wahrscheinlich handelt es sich um ein unehelich geborenes Kind.

Bei dem Kinde befanden sich 3 Hemdchen, 2 Jäckchen, 2 alte Windeln und ein graues Tuch, alles ohne besondere Kennzeichen.

Zur Ermittelung der Mutter des Kindes dienliche Mitteilungen werden an das Armenamt Oliva, Rathaus, Zimmer 5, erbeten.

Zur Behebung der Heizölnot. Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteil. — Da das Reich die Lieferung von Heizölen nach der Abtrennung des freistaatlichen Gebietes eingestellt hat, bemüht sich der Magistrat, den Bedarf an diesen Produkten sicherzustellen. Von dem Erfolg der hierüber geführten Verhandlungen wird es abhängen, ob der zurzeit bestehenden Heizölnot in ausreichendem Maße begegnet werden kann.

Tagung der Danziger Polizeibeamten. Am 18. April, 9 Uhr vormittags, findet im Gewerbehause, Heiligegeistgasse 82, der erste Polizeibeamtentag des Verbandes der Polizeibeamten im Freistaat Danzig statt.

Filmschau.

Kammer-Lichtspiele Langfuhr. Ein fünfaktiger Sensationsfilm aus Wildwest, „Frank Lorton, das große Rätsel" betitelt, bringt in spannenden Folgen eine Indianergeschichte von ehemals und macht namentlich auf die jugendlichen Gemüter einen starken Eindruck. Wertvoller dagegen ist der zweite Film des diesmaligen Programms „Nr. 113". Er behandelt das Problem der Liebe des Sohnes, der sich für den Vater opfert. Dieser hat sich zu einer Wechselfälschung verleiten lassen, deren Folgen der Sohn trägt. Um Stellung und Ruf gebracht trägt er als Zuchthäusler die Strafe, bis schließlich der wahre Sachverhalt ans Licht kommt durch die Bemühungen der Tochter des Zuchthausdirektors, die den Sträfling liebt. Die schlichte Kunst Käthe Haacks vom Berliner Lessingtheater, sowie die Mitwirkung anderer namhafter Kinodarsteller erhebt den Film zu den besseren unter den Kriminal-Filmtragödien. Für die Lacher gibt es noch eine Lustspiel-Einlage.

Polizeibericht vom 14. April 1920. Verhaftet: 21 Personen, darunter 15 wegen Diebstahls, 1 wegen Mißhandlung und Widerstandes und 5 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Bibliotheksbuch: „Der Piratenleutnant", 1 Einlaßkarte in die Hebammen-Lehranstalt, 1 Hauptnahrungskarte, 1 br. Schal, 1 schw. Tuch, 5 einzelne Handschuhe, 1 Haarunterlage, 1 Zigarrentasche mit Papieren für Mattischoll, 5 Schlüssel am Ringe, 4 Kinderhauptkarten, 1 Bernsteinbrosche mit blauem Stein, 1 gold. Brosche mit Monogramm L. P., 1 photogr. Apparat defekt, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 Perlenpompadour mit Portemonnaie und Taschentuch, abzuholen von Herrn Max Wientz, Pinkstraße 20; 1 Halskette aus dunkelroten Glasperlen, abzuholen von Herrn Stadtsekretär Arendt, Jäschkentalerweg 4; 1 gold. Medaillon mit Monogramm, abzuholen von Herrn Otto Felix, Faulgraben 8; 1 Faß mit gemahlenem Kaffee, abzuholen von Herrn Zollaufseher Meinhardt, Albrechtstraße 21.

Aus dem Freistadtbezirk.

Verein Arbeiter-Jugend Ohra.

Am Donnerstag, den 15. d. Mts., abends 7 Uhr, Mandolinen- und Gesangsabend. Leiter: Genosse Graf. Danach einige Bekanntmachungen. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Aus dem deutschen Osten.

s Freystadt. Eine ganz junge, noch frisch erhaltene männliche Kindesleiche wurde in einem schmutzigen Tuch eingewickelt und mit Erde halb zugedeckt in dem Wäldchen am Rackersee in der Nähe des früheren Schießstandes der Fliegerabteilung am Sonntag von Spaziergängern gefunden. Da die Leiche eine Schnur um den Hals trug, soll durch die Untersuchung festgestellt werden, ob das Kind vorher von der Mutter erwürgt worden ist.

Aus aller Welt.

Schwere Grubenkatastrophe in Oberschlesien.

Auf der Castellengogrube der Gräflich-Ballestremschen Verwaltung entstand am 9. April abends, offenbar durch überladene Schüsse, eine Kohlenstaubexplosion, die nach den bisherigen Feststellungen 38 Todesopfer forderte. Bis 2 Uhr nachts wurden 29 Tote aus der Grube geborgen. Zehn Verletzte wurden ins Lazarett gebracht, von denen noch zwei gestorben sind. Acht Leichen liegen noch in der Grube. Eine Betriebsstörung findet nicht statt.

Letzte Nachrichten.

Generalstreik in Irland.

London, 13. April. Der Kongreß der irischen Gewerkschaften beschloß einen eintägigen Streik als Protest gegen die Behandlung der politischen Gefangenen, die gegenwärtig in Irland den Hungerstreik führen. Der Streik hat heute begonnen. Nachrichten aus verschiedenen Teilen des Landes besagen, daß die Arbeit im allgemeinen ruht. Ein großer Teil der Eisenbahner streikt. Der Streik soll solange dauern, bis alle Gefangenen in Freiheit gesetzt sind.

Arbeiterwahlsieg in England.

London, 1[illegible]. April (H. N.) Bei der Ersatzwahl in Dartford wurde der Arbeiterkandidat Mills mit 13610 Stimmen gewählt. Die vier Gegenkandidaten erreichten noch nicht einmal zusammen diese Stimmenzahl. Bei den allgemeinen Wahlen war in Dartford der Koalitionsliberale mit 9000 Stimmen Mehrheit gewählt worden. — In Stockport wurden zwei Koalitionskandidaten mit 22—23 000 Stimmen gewählt, aber die Arbeiterkandidaten brachten es auf über 16 000 Stimmen, während das vorige Mal die Regierungsparteien ohne Gegenkandidaten durchs Ziel gegangen waren.

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loops, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

NERO? Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Amtliche Bekanntmachungen.

Wegen des Jahresrechnungsabschlusses 192[illegible] werden alle für die Stadt tätigen Unternehmer und Lieferanten ersucht, ihre Forderungen für Lieferungen und Leistungen, die erschlichlich 31. März 1920 erfolgt sind

bis zum 20. April d. Js.

in Rechnung in Heften und der angenommenen Werten bis zum

10. Mai d. Js.

abzugeben.

Danzig, den 9. April 1920. (974

Der Magistrat

Die Schlosser, Maschinenschlosser und Dreher in der Stadt Danzig haben einen Tarif für Benzin und Benzol

[illegible]

Danzig, den 13. April 1920. (1[illegible]

Der Magistrat.

Stadtbibliothek

Die Bibliothek ist wieder an allen Wochentagen geöffnet. (983

Der Direktor.

Institut für Zahnleidende

Erich Meuwald & Dr. med. Reinberger

Spezialist für Zähne und Mundkrankheiten | Spezialist für Zähne und Mundkrankheiten

Pfefferstadt 71 | Telephon 21 21

Sprechstd. [illegible] | Sprechstd. [illegible]

Zahnersatz in Kautschuk und Gold in höchster technischer Vollendung [illegible]

Patent-Behandlung [illegible]

Filz-Velour-Hüte

für Damen und Herren

werden schnellstens in unserer Hutfabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung

umgepresst,

gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhutfabrik

Hut-Basar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7

(gegenüber der Markthalle). (5307

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 14. April 1920, abends 7 Uhr

Dauerkarten D 2.

Cavalleria rusticana

Drama in 4 Akten von Pietro Mascagni

Der Bajazzo

Melodram in 2 Akten und einem Prolog von Leoncavallo.

Donnerstag, den 15. April 1920, abends 5½ Uhr

Dauerkarten F 2

Peer Gynt

Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen mit der Griegschen Musik

Freitag, den 16. April 1920, abends 7 Uhr

Dauerkarten A 1.

Die schöne Galathee

Komische Oper in 1 Akt von Franz v. Suppé.

Klein Idas Blumen

Ballett von August v. Bournonville.

Sonnabend, den 17. April 1920, abends 7 Uhr

Dauerkarten B 1. Einmalige Preise

Maria Magdalene

Ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich Hebbel.

Künstlerspiele

Danziger Hof — Eingang Hosenkrämerwall 6

Dir.: Alex Brauns — Geschäftsführer: Rudolf Köllisch

Das April-Programm:

Ada Steven, Harter, Lisa Gerdich, Grete Ruß, Ilse Brandt, Grete Marhoff, **Paul Göbel, Else Garell, Fred Dagson, Maud und James Janson. In Flagranti.**

Kapelle Wünsche — Am Flügel Rudi K.

Anfang 7 Uhr. Adolf Kamlack. Anfang 7 Uhr.

Künstlerdiele — Täglich 4-Uhr-Tee.

Grabowski-Konzerte. (915

Hotel Danziger Hof

Wintergarten

Täglich Abend-Konzerte
Kapelle Steffl — 9 Solisten
Nachmittags 4-Uhr-Tee
Steffl-Konzerte

Jeden Donnerstag **Tanz-Tee**
Jeden Sonnabend **Reunion** (90

Sonntags von 1—3 Uhr Tafelmusik

NERO?

Wer hat Geld braucht als Geschäfts- u. Betr.-Kap., w. sich ctr. an Bankvert. R. Liedtke, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (798

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle der Freistadt Danzig.
4. Damm 7 II.

Achtung! Achtung!

Bauschlosser und Maschinenschlosser der landwirtsch. Maschinenfabriken Danzigs!

Am Donnerstag, den 15. April 1920, abends 6 Uhr, findet im „Kaiserhof", großer Saal, Heilige Geistgasse, eine

öffentl. Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Sind die Löhne und Arbeitsbedingungen in den Schlossereien und landwirtschaftlichen Maschinenfabriken zeitgemäß?
2. Freie Aussprache.

In Anbetracht der Wichtigkeit der aufgeworfenen Frage ist zahlreicher Besuch der in den betr. Betrieben beschäftigten Kollegen erforderlich (985

Deutscher Metallarbeiterverband.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Danzig.

Achtung! Chauffeure! Achtung!

Branchenversammlung

am Donnerstag, den 15. April 1920, abends 6½ Uhr im Altstädtischen Gesellschaftshaus, Niedere Seigen 8.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (982

Die Sektionsleitung.

Riewald. Werner.

Zahnpraxis (908

Paul L'lopart, Dentist

Scheibenrittergasse 1 : Eing. Johannisg.

Sprechstunden 9–1 u. 3–6 Uhr.

Die in den Vorträgen des Professors Polenske empfohlenen Schriften zur Einführung in die Freigeld-Theorie

sind eingetroffen:

Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld von Silvio Gesell	8.—
Internationale Valuta-Assoziation	4.—
Das proletarische Finanz- und Wirtschaftsprogramm	1.—
10 Tage Rätefinanzminister	3.—
Mein Weg zur Arbeiterpartei	—.75
Goethe und der Umsturz	—.75
Freigeld-Fibel	1.—
Freiland-Fibel	1.—

Buchhandlung „Volkswacht",
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Anfertigung sämtlicher

DRUCKSACHEN

in geschmackvoller und sauberer Ausstattung

Kataloge · Broschüren
Zeitschriften · Bücher

Massenauflagen in kürzester Zeit zu billigsten Preisen

Buchhandlung Sozialistische Literatur in grösster Auswahl

Danziger Volksstimme

Fernsprecher 1280 — Am Spendhaus 6 — Fernsprecher 720

Wohlbefinden und wirklichen **Genuß** garantiert der rein gekochelte **Schnupftabak** aus der Schnupftabakkachelei von

Julius Gosda, Danzig, Fernsprecher Nr. 2428.
Ecke Häkergasse 5 und 2. Priestergasse 5.
Reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer. (787

Frauenschutz!
Vorsicht. Frauen lassen sich kostenl. uns. Broschüre über uns. hygien. Schutzart. senden. Rückporto beileg.
Norra-Versand, (969
Fürth i. B., Sonnenstr. 3.

Depoleoin
Lecithin - Eisen - Eiweiß
in Tablettenform.
Hervorragendes Nähr- u. Kräftigungsmittel
Aerztlich empfohlen
Allein echt in Kartons
à 6,00 Mk. (214
Adler-Apotheke
Tel. 1794 **Ohra** Tel. 1794

Volksfürsorge,

Gegenseitigkeits-Gesellschaft
Versicherungsgesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Vorzugsgeld. — Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und bei der
Sekretariat für Danzig
Breite Gasse 31,
Wollwebergasse 25.

Offene Beinleiden, Krampfadergeschwüre, alte Wunden, die nicht heilen wollen werden über n. Nacht gut geheilt durch

Dr. Jaeckels Heilsalbe.

seit altersher als

Wundersalbe

bekannt und empfohlen. Schachtel 5 Mk. — Fabrikant und Versandt Apotheker Dr. Jaeckel, Erfurt. Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Rathaus-Apotheke (9[illegible]

KURZWAREN

Haarnadeln, lackiert	Brief 10 ₰	Wäscheknöpfe	Dtzd. 30 ₰ 12 ₰
Haarnadeln, extra groß	Brief 35 ₰	Patenthosenknöpfe	Dtzd. 25 ₰
Haarnadeln, mit Kugelspitze	Brief 25 ₰	Hosenknöpfe	Dtzd. 18 ₰ 10 ₰
Haarnadeln, blau mit weißer Spitze	Brief 30 ₰	Strumpfhalter für Damen und Kinder, Spiral	1,35 95 ₰
Sicherheits-Nadeln	Dtzd. 1,10, 75 ₰ 60 ₰	Strumpfhalter für Damen und Kinder, Gummi	3,75 2,75 ₰
Nadelmappen	Stück 28 ₰	Sockenhalter	Paar 6,00 5,25 1,65 ₰
Kragenstäbe	Dtzd. 30 ₰	Armblätter	6,50 5,00 3,75 ₰
Kopierräder	Stück 35 ₰	Armblattwesten	Paar 14,00 ₰

Miedergurt, rein Leinen . . . . . Meter 2,75 ₰
Wäscheborden in Langoetten, weiß und farbig in großer Auswahl
Garnierknöpfe, Steinnuß mit Ösen . . . . 50 ₰ 75 ₰
Jacken- u. Garnierknöpfe, Metall Dtz. 4,00 2,50 1,25 95 ₰
Garnier-, Kostüm- und Mantel-Knöpfe in reichhaltiger Auswahl zu äußerst preiswert.

FREYMANN

(980

Raucherdank!

ges. geschr., vermöglich in einigen Tagen das Rauchen ganz od. teilweise zu unterlassen. Amtl. begutachtet. Wirkung verblüffend. Vollständig unschädlich. Tägl. Anerkennung. Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania
München R. 14 Waltherstr. 38.

Vorsicht Frauen

verlangen bei **Regelstörung** nur wirksame Spezialmittel. Garantiert unschädlich. Schreiben Sie vertrauensvoll, wie lange Sie klagen. Diskret. Versand Blaschke, Hamburg 1, Schleusenstr. 111
Es schreibt: Th. Sch. Erfolg trat schon nach 4 Tagen ein; Ihr Mittel ist sehr gut. E. B. Dank für Mittel, welches zu meiner Zufriedenheit war; Wirkung nach 7 Tagen.

Bitte achten Sie auf meine
Schuhmacherei
Große Nonnengasse 14.
Friedrich Rosenke. (7[illegible]

NERO?

NERO?